

Deutscher Bauernbund

christlich – konservativ – heimatverbunden

SONDERRUNDBRIEF

KLIMAWANDEL

Oktober 2019

03	Auf ein Wort von Prof. Dr. Wolfgang Merbach
06	Erderwärmung und Klimapolitik <i>aus: GEGENWEHR. Wahrnehmungen und Antworten 2015-2019“</i>
18	Klimawandel – Apokalypse oder Herausforderung? <i>aus: Evang. Verantwortung 7+8/2019</i>
29	Entwicklung von Niederschlagsmengen am Beispiel der Region Vorharz des Landes Sachsen – Anhalt <i>Studie Bauernbund</i>
33	Artikel aus Junge Freiheit 37 und 28



Deutscher Bauernbund

Präsident: Kurt-Henning Klamroth, Thale OT Westerhausen
Geschäftsstelle: Annekatriin Valverde, Adelheidstraße 1, 06484 Quedlinburg
Telefon (03946) 70 89 06, Telefax (03946) 70 89 07
bauernbund@t-online.de, www.bauernbund.de

Bauernbund Sachsen-Anhalt

Präsident: Jochen Dettmer, Flechtingen, OT Belsdorf
Geschäftsstelle: Anke Werny, Adelheidstraße 1, 06484 Quedlinburg
Telefon (03946) 708906, Telefax (03946) 708907
bauernbund@t-online.de
Bereich Anhalt / Süd: Tobias Theile, Dorfstr. 70a, 06632 Branderoda, (01573) 8734103
theile@bauernbund.de
Bereich Harz / Börde: Jeannette Bruchmüller, Siedlung 8; 39317 Elbe-Parey
Altmark Telefon/Telefax (039349) 94 44 74; 0160/83 43 243
bruchmueller@bauernbund.de

Bauernbund Sachsen

Präsident: Bernd Roder, Wildenfels OT Härtensdorf, Telefon (037603) 2618
Geschäftsstelle: Adelheidstraße 1, 06484 Quedlinburg
Telefon (03946) 708906, Telefax (03946) 708907
DBB-Sachsen@t-online.de

Bauernbund Thüringen

Präsident: Eckart Weirich, Zottelstedt, Telefon (03644) 559010
Geschäftsstelle: Mühlenhof; 99510 Zottelstedt

Landvolk Oberlausitz

Vorsitzender: Udo Kretschmer; 02899 Schönau-Berzdorf an der Eigen, Hauptstr. 4

Heimatverdrängtes Landvolk - Bauernverband der Vertriebenen

Präsidentin: Elisabeth Salomon; Rittergut Orpensdorf
39606 Hansestadt Osterburg OT Orpensdorf
Vizepräsident Dr. Arwed Blomeyer

Deutscher Bauernbund, Landesverband Brandenburg i.G.

Präsident Herr Hugo Melde
Milkersdorfer Straße 2
03099 Kolkwitz

Impressum

Herausgeber: Deutscher Bauernbund e. V., Adelheidstraße 1, 06484 Quedlinburg
Redaktion: Deutscher Bauernbund e. V. Für die Landesteile zeichnen sich die Landesverbände verantwortlich. Trotz sorgfältiger Recherche kann für den Inhalt keine Haftung übernommen werden.

Auf ein Wort

von Prof. Dr. Wolfgang Merbach

In der öffentlichen Wahrnehmung wird die heutige Klimaerwärmung fast ausschließlich den **anthropogenen Kohlendioxid (CO₂)-Emissionen** angelastet, die durch die Verbrennung von Kohle, Öl und Gas sowie Industrie und Verkehr entstehen. Es wird eine rasche **CO₂-Emissionsenkung** („**Dekarbonisierung**“) gefordert. Essentiell sei die Umstellung von fossilen auf **erneuerbare Energieträger**, **vornehmlich** Windkraft, Solarenergie und z. T. auch Bioenergie. Anderenfalls drohe eine **Klimakatastrophe** mit unübersehbaren Folgen für die Menschheit und die Ökosysteme.

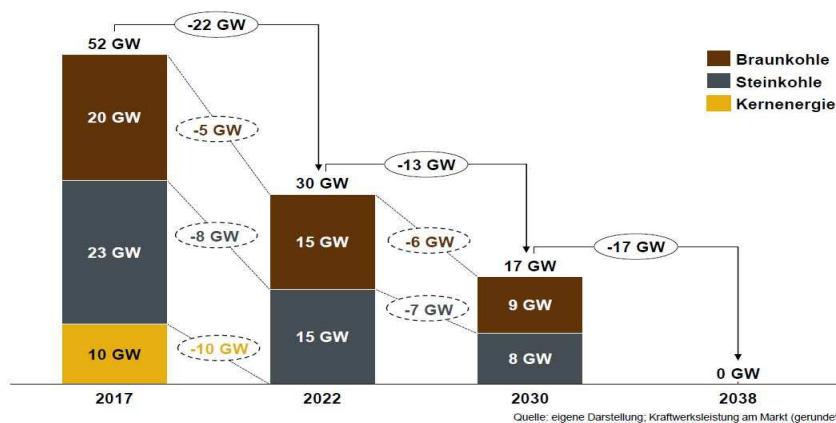


Prof. Dr. Wolfgang Merbach

In jüngster Zeit ist daraus vornehmlich in Mittel- und Westeuropa ein Öko- und Weltrettungspopulismus entstanden, der inzwischen schon fast religiöse Züge trägt. Da wird ein Mädchen mit Aßberger-Syndrom von seinen Eltern und Managern dazu missbraucht, Prozessionen (Fridays for Future) für die sofortige, drastische Umkehr zu veranstalten, welche nach dem Erweckungsvideo des YouTube-Kanals Rezo (18. 5. 2019) als „einzige legitime Einstellung“ gelten darf. Nur so könne die Abwendung der Katastrophe gelingen: Opfer müssten gebracht werden, kein Preis sei dafür zu hoch. Andersdenkende werden als „Klimaleugner“ (sozusagen als Ketzer) diffamiert. Die Diskussion entfernt sich also zunehmend von wissenschaftlich fundierten Fakten und verselbständigt sich ideologisch.

Bedauerlicherweise antworteten Politiker, Medien und Kirchen mehrheitlich nicht mit sachlichen Argumenten, sondern hofieren Greta Thunberg und rücken sie z. T. sogar in die Nähe von Jesus oder der Propheten. Einerseits wurden geradezu abenteuerlichen Forderungen (z.B. Ende des Verbrennungsmotors bis 2030 (Habeck) und Verdopplung des CO₂-Preises (Baerbock) sowie (nach Friday for Future) Steuern von 180 €/t CO₂ (= 162 Md. Euro pro Jahr), Abschaltung von 25% der Kohlekraftwerke noch 2019 und 100% bis 2030 bzw. 100%ige Versorgung aus erneuerbaren Energieträgern bis 2035) erhoben.

KWSB-Abschlussbericht: Kohleausstieg in drei Phasen



➤ Reduktion der gesicherten Leistung um 52 GW bei einer Jahreshöchstlast von 82 GW !

Abb. 1: Phasen des geplanten Kohleausstiegs bis 2038

Andererseits reagierte aber die Bundesregierung mit dem **Beschluss zum Ausstieg aus der Kohleverstromung bis 2038 zusätzlich zum bereits feststehenden Atomausstieg bis 2022** („Kohlekommission“ und „Eckpunkte zur Klimapolitik“, vgl. hierzu **Abb. 1**) zumindest übereilt, denn es ist äußerst unsicher, ob dadurch a) überhaupt eine Klimawirkung erreicht und b) eine sichere Energieversorgung gewährleistet werden kann, und zwar aus folgenden Gründen:

1. In der Wissenschaft bestehen beträchtliche Zweifel an der Dominanz des CO₂ beim Klimawandel (vgl. Beiträge von MERBACH und PRANGE in diesem Band)
2. Selbst wenn man die Klimawirksamkeit des CO₂ als real ansieht, wird ein nationaler Alleingang Deutschlands dessen atmosphärische Konzentration nicht senken. Das Pariser Klimaabkommen beinhaltet nämlich keineswegs eine Verringerung der globalen CO₂-Emissionen. Bis 2030 darf z. B. China jährlich 14 Mrd. t Mehremissionen ausstoßen, während EU, USA, Japan, Russland, Australien und Brasilien zusammen genommen jährlich Emissionsminderungen von 4,4 Mrd. t erreichen sollen (vgl. auch **Abb. 2**) Das heißt, eine globale CO₂-Emissionserhöhung wird sanktioniert. Da die USA aussteigen, dürfte sich die globale Emission noch stärker erhöhen. Deutschland könnte maximal 200 bis 300 Millionen t/ Jahr einsparen. Also ändern die angestrebten Bemühungen Deutschlands am weiteren globalen CO₂-Emissionsanstieg gar nichts. Bis 2030 bauen China mit 280 000 MW und Indien mit 174 000 MW die zehnfache Kohlekapazität auf. In 62 Ländern werden 1600 neue Kohlekraftwerke gebaut. (Quelle : Notifizierung zum Paris-Abkommen).

Emissionsminderungen und Steigerungen durch das Paris-Abkommen

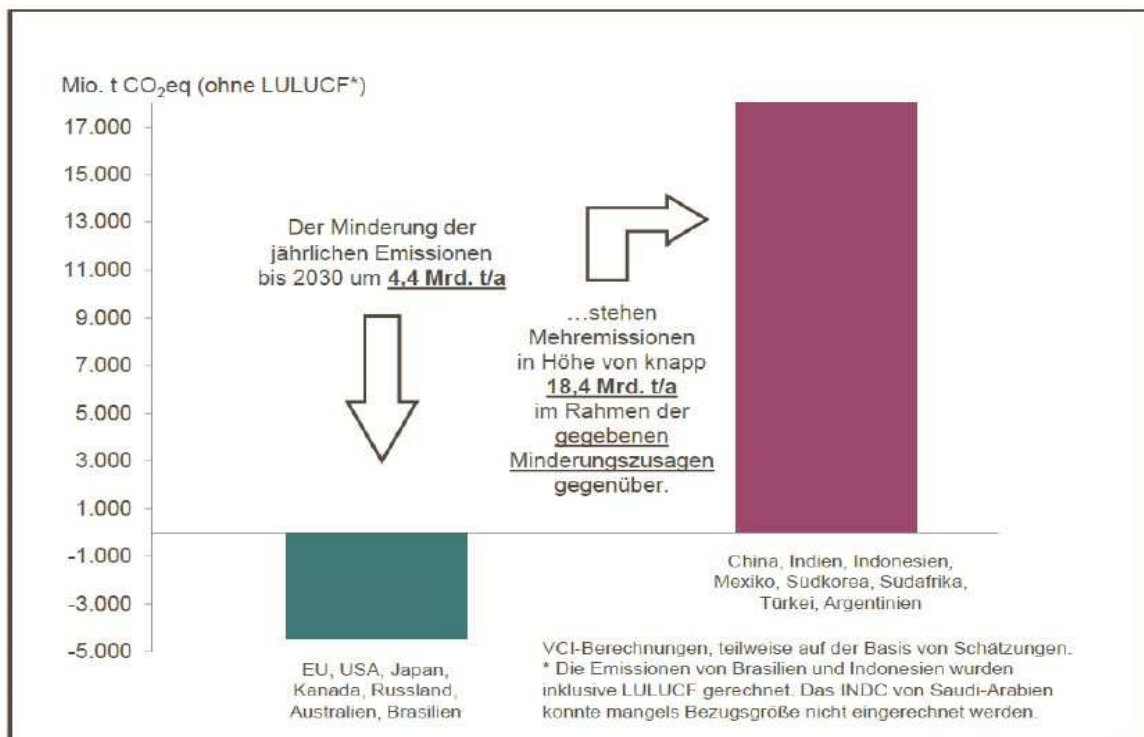


Abb. 2: Veränderungen der CO₂- Emissionen nach dem Pariser Abkommen
(zit. aus Bennert et al. 2019)

3. Voraussetzung für den gleichzeitigen Ausstieg aus der Kohleverstromung und aus der Kernenergie sind **ökonomisch und ökologisch nachhaltige Alternativen**, was **derzeit nicht der Fall** ist. Die zur Verfügung stehenden erneuerbaren Energieträger (Wind, Fotovoltaik) sind dazu ungeeignet, weil sie diskontinuierlich und nicht bedarfsgerecht anfallen und Speichermöglichkeiten großer

Strommengen vorläufig nicht zur Verfügung stehen. Es ist daher zu befürchten, dass die stabile Energieversorgung akut gefährdet wird und die Strompreise stark ansteigen. Energieintensive Unternehmen würden Deutschland verlassen. Die Versorgungslücken müssten durch Stromimporte (auch Atomstrom) und/oder Gasimporte ausgeglichen werden müssen, was mit großen Belastungen/Gefährdungen (enorme Kosten für neue Gaskraftwerke, politische Abhängigkeit von instabilen Ländern, weiterhin 50 – 100 Mio t CO₂ jährliche Emissionen, vgl. Vahrenholt 2019)) einhergeht. Insgesamt wird damit keine ökonomische oder ökologische Nachhaltigkeit erreicht.

4. Als Ersatz für den Wegfall der atomaren und fossilen Energieträger gibt es keine realen Alternativen hinsichtlich des Erhalts der Grundlast, Netzstabilität oder Schwarzstartfähigkeit. Die erneuerbaren Energieträger Wind und Fotovoltaik sind dazu nicht in der Lage. Netzabschaltungen oder gar ein Blackout werden dadurch wahrscheinlicher.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der jetzt in Deutschland eingeschlagene Weg des schnellen und gleichzeitigen Ausstiegs aus Kernenergie und Kohle die globalen CO₂-Emissionen nicht senken und das Klima nicht beeinflussen, wohl aber die Energieversorgungssicherheit und Industriestruktur des Landes zumindest gefährden wird. Die viel beschworene Vorbildwirkung Deutschlands dürfte unter diesen Umständen wohl ausbleiben.

Um nicht missverstanden zu werden: **Langfristig ist der Ausstieg aus der Verbrennung (und Verstromung) von fossilen Energieträgern (also auch der Kohle) geboten, weil fossile Rohstoffe zukünftig für die stoffliche Verwertung dringend benötigt werden.** Nachwachsende Rohstoffe können die fossilen Träger dabei wegen ihrer Konkurrenz zur Nahrungs- und Futtermittelproduktion nicht ersetzen.

Voraussetzung dafür sind die **Erforschung und Entwicklung neuartiger, praxistauglicher Stromerzeugungs- und speicherungssysteme** (z. B. Wasserstofftechnologie, Brennzellentechnik, Protonenfusion, Dual-Fluid-Reaktor etc.), die grundlast-regelungs- und schwarzstartfähig sind. Die derzeit für den sofortigen Ausstieg vorgesehenen exorbitanten Finanzmittel sollten deshalb vorrangig für entsprechende Forschungen verwendet werden (z. B. in einem zu gründenden Energiewissenschaftlichen Zentrum, damit später eine geordnete Energiewende organisiert werden kann).

Leider ist im öffentlichen Disput um die Klimaerwärmung, ihre Folgen bzw. die zu ergreifenden Maßnahmen ein vorurteilsfreier Dialog nur noch eingeschränkt möglich. Das vorliegende Sonderheft behandelt die Thematik aus der Sicht von drei unterschiedlichen Fachleuten und möchte zu einer faktenbezogenen Diskussion beitragen.

Quellen:

Bennert, W., Merbach, W., Appel, H.G., Waniczek, H. (2019): Kann der Mensch das Klima retten? 45 Fragen und Antworten zu Klimawandel und Energiewende. Kaleidoscriptum Erfurt
Vahrenholt, F. : Energiewende-ein sich anbahnendes Desaster, Vortrag Trier Februar 2019

aus: „**GEGENWEHR. Wahrnehmungen und Antworten 2015-2019**“ (Auszug)

Erderwärmung und Klimapolitik

Prof. Dr. Hartwig Prange, Halle (Saale), August 2019.

Eine **Erderwärmung** existiert zweifelsfrei und wird nicht ernsthaft bezweifelt. Sie kann schon an der zeitigeren Rückkehr zahlreicher Kurzstreckenzieher unter den Vögeln beobachtet werden.



Prof. Dr. Hartwig Prange

So besetzen die heimischen Kraniche bereits im Februar statt früher im März ihre Brutreviere, und die mittleren Zugstrecken haben sich innerhalb von drei Jahrzehnten halbiert. Überwinterungen gibt es inzwischen auch bei uns (s. H. Prange 2016. „*Die Welt der Kraniche. Leben-Umfeld-Schutz*“. 896 S., MEDIA/NATUR, Minden).

Nach dem **Klimabericht 2017** ist die mittlere Temperatur in Deutschland zwischen 1881 und 2016 um 1,4°C, in SA um 1,3°C angestiegen, woran alle Jahreszeiten beteiligt waren. Die Frosttage (<0°C) haben abgenommen, die Hitzetage (ab 25°C) zugenommen. Die Trocken- und Hitzeperioden schwanken als Ab- und Zunahme ohne Signifikanz. Auch wenn die Dürre seit April 2018 auffällt, ist sie (hoffentlich) noch kein Beleg für einen Trend. Der Niederschlag hat sich bei Betrachtung der genannten Periode für Deutschland (772 mm), SA (561mm) und den Brocken (1961-1990: 1767 mm) nicht wesentlich verändert, in den Jahren 2018/19 allerdings erheblich verringert. Die Erwärmung verlängert die Vegetationsperiode. Der gestiegene CO₂- und N-Gehalt der Luft fördern das Wachstum in Wäldern und auf Feldern; denn beide sind wie das Wasser und die Nährstoffe des Bodens die Voraussetzung für das Pflanzenwachstum. Daher ist CO₂ eine Lebensgrundlage!

Gegenwärtig nimmt der Schädlingsdruck zu, insbesondere auf geschwächten Bäumen.

Diese Entwicklung verlangt geeignete Anpassungsstrategien, auch weil die Umwelt im Hitzestress insgesamt verletzbarer geworden ist. Sie betreffen den Hochwasserschutz und die Art der Energienutzung, die Mobilität und Verkehrstechnik sowie den menschlichen Konsum und Umgang mit der Natur, aber auch die Züchtung neuer hitzeresistenterer Getreide-, Gemüse- und Baumarten („*Beobachteter Klimawandel in SA*“, 2017; www.mule.sachsen-anhalt.de).

Die Ursachen der **Erwärmung** werden von Fachexperten unterschiedlich beurteilt. Inzwischen glaubt man mehrheitlich, dass die Energie- und Verkehrswirtschaft mit fossilen Brenn- und Treibstoffen eine entscheidende Bedeutung hat. Als Grundlage hierfür dient das „*Anthropogenic Global Warming Model*“ (AGW), in dem das Kohlendioxid (CO₂) als entscheidendes Treibhausgas angesehen wird.

CO₂ bindet Wärme in der Luft, die die Erde reflektiert. Ihm wird vermutlich eine (zu) große Bedeutung für die Erderwärmung zugesagt. Die darauf bezogenen Modellrechnungen ergeben einen positiven Zusammenhang (pos. Korrelation) der Erhöhung des CO₂-Gehaltes und der Temperatur. Hiermit sind zwei unterschiedliche Faktoren miteinander korreliert, was ein biostatistisch fragwürdiges Vorgehen ist. Jedoch hat bisher niemand erklärt oder gar bewiesen, wie drei bis vier CO₂-Teilchen in der Luft (0,034%) auf 10 000 Luftteilchen die Hauptursache der Erwärmung sein können?

Das stärkste Treibhausgas in der Atmosphäre ist der Wasserdampf. Das ist leicht nachzuerleben, z. B. wenn in einer klaren kühlen Nacht sich eine Wolkendecke ausbreitet und die Temperatur sehr schnell am eigenen Thermometer um einige Grade ansteigt. Darüber wird nicht geschrieben, weil man den Menschen hier nicht verantwortlich machen kann.

Die Beweislage für eine Mensch-gemachte Erderwärmung ist somit schwach, schon da ein solcher Zusammenhang auch für frühere Zeiten - etwa vor 1000 Jahren (neue Besiedlung Grönlands) und 2000 Jahren (Geburt Christi) - nachgewiesen ist. „*Die Fokussierung auf das CO₂ ist eine sehr verengte Sicht der Dinge*“ (Dr. A. Müller, s.u.). Überdies gab es in der Erdgeschichte ein häufiges Auf und Ab der Temperatur und des CO₂-Gehaltes durch Änderung der Sonnenaktivität und anderer extraterrestrischer Einflüsse.

Der **heutige Klimawandel** ist weder beispiellos und übermäßig noch gar eine Katastrophe. Der Wechsel von Warm- und Kaltzeiten fand auch ohne menschliches Zutun statt. Die Klimaänderungen selbst der letzten zwei Jahrhunderte seien weder an Stärke noch an Geschwindigkeit ungewöhnlich, wenn als Grundlage der Klimastatistik die Daten von jeweils 30 Jahren zusammengefasst werden, wie es die Weltorganisation für Meteorologie empfiehlt. Auffällig ist allerdings der starke Temperaturanstieg in den letzten beiden Jahrzehnten.

Die Menschen können den **Klimawandel** wahrscheinlich nur gering beeinflussen, wohl aber wahrnehmen. Sie müssen ihr Verhalten an die Veränderungen anpassen, Ressourcen schonen und eigene Ansprüche überprüfen (K.-P. Dahm, D. Laves, W. Merbach 2015. „*Der heutige Klimawandel*“. Mitteilungen Agrarwissenschaften, Band 27). Katastrophal ist nicht der Klimawandel, sondern dessen wirtschaftliche und soziale Folgen sind es in ärmsten Ländern Asiens und Afrikas, aber auch die hochgeredete Endzeitstimmung in einigen wohlhabenden Ländern ist höchst unpassend. Das sehr komplexe Thema verlangt eine differenzierte Betrachtung, nicht aber den eindimensionalen Bezug auf die „*Treibhausgase*“ und schon gar nicht auf das CO₂ als reißerisches Wahlkampfmotiv (s. H. Meller, Th. Puttkammer 2018. „*Klimagewalten. Treibende Kraft der Evolution*“, 2018, Landesmuseum für Vorgeschichte Halle/Saale).

Da die Aussagen zum **Einfluss des CO₂** wissenschaftlich nicht bewiesen werden können, sind bezüglich der Ursachen des Klimawandels allerlei Annahmen möglich, die letztlich zu einem Glaubensstreit geführt haben. Hierzu werden inzwischen eine Unmenge irrationaler Parolen durch die Straßen und Amtsstuben getragen.

Auch wenn nach den Berechnungen des Bundesumweltamtes im Jahr 2018 von Deutschland 865,6 Millionen Tonnen CO₂, davon 303 Mio aus dem Verkehr, emittiert sein sollen, macht diese Menge - bei rückgängiger Tendenz - nur etwa 2% des weltweiten CO₂-Aufkommens aus. Außerdem bleibt die Frage unbeantwortet, wie 3-4 Luftteilchen CO₂ (0,034% Luftanteil) unter 10 000 Teilchen Stickstoff (78%) und Sauerstoff (21%) das Klima so entscheidend beeinflussen können, selbst wenn CO₂ eine 100-fach erhöhte Temperaturbindung hätte. Doch diese Frage wird angesichts des politischen Höhenflugs des „*Klimaschutzes*“ weder gestellt noch gar beantwortet.

Daher kann freiweg spekuliert werden, was letztlich zur Entwicklung eines **Glaubensdogmas** geführt hat, dem nun fachunkundige Politiker aller Welt in Ermangelung besserer Erklärungen folgen. Nur so ist es verstehbar, dass der bis zum Jahr 2050 als zulässig erklärte mittlere Temperaturanstieg, bezogen auf den Beginn der Aufzeichnungen 1881, von 2°C jüngst auf 1,5°C ohne Sachargumente abgesenkt worden ist!

Die **Klimaänderungen** sehen Gegner der Mensch-gemachten Erwärmung vorwiegend bei natürlichen Ursachen. Sie sind daher keine ungewöhnliche Erscheinung in unserer Holozän-Warmzeit. Aus diesem Grund haben sich die USA, Österreich, Australien und andere Länder aus den Verpflichtungen des Pariser Klimaabkommens zurück gezogen.

Als kosmische Ursachen der Erwärmung werden die Neigung und das Pendeln der Erdachse zur Umlaufbahn, das Wandern der Pole sowie die Änderung des Sonnenabstandes und die Intensität der Strahlung genannt.

Nicht jedes Extremereignis ist Klimawandel, wie etwa die Hitzewellen und Dürren von 1904, 1911 oder 1947. Gleiches gilt für die Trockenperiode seit April 2018, die die heißeste und trockenste seit

Beginn der flächendeckenden Aufzeichnungen im Jahr 1881 ist (Deutscher Wetterdienst, Aug. 2018).

Die **mittleren Temperaturen** der letzten 340 000 Jahre hatten zwischen den Glazialen und Interglazialen ein oft steiles auf und ab. Es gab lange Zeiten mit einem deutlich höheren CO₂-Wert als gegenwärtig.

Wärmere Perioden waren Blütezeiten der Biosphäre. In den Interglazialen des Pleistozäns (2,6 Mio bis 11 700 vor Chr.) war es zeitweise um bis zu 5°C wärmer. Das Nordpolarmeer hatte kein Eis, der Meeresspiegel lag 6-7 m über dem heutigen Stand.

Vor ca. 14 500 Jahren stürzten die mittleren Temperaturen innerhalb von 470 Jahren um ca. 10°C ab, und dann stiegen sie in 320 Jahren um 15,5°C wieder an. Seit Ende der Weichsel-Eiszeit vor etwa 11 500 Jahren befindet sich Europa in einer Warmzeit, in der es wiederum kältere und wärmere Perioden gab. Die Jahresmitteltemperatur stieg seither in Mitteleuropa von 7,6°C im Jahr 1881 auf gegenwärtig 9,0°C an.

(Dr. A. Müller. „*Klimagewalten. Treibende Kraft der Evolution*“, Begleitband zur Sonderausstellung im Landesmuseum für Vorgeschichte Halle/Saale, 2018).

Der mittlere **Niederschlag** beträgt im Mittel aller Messwerte der Bundesrepublik 772 mm (= 772 Liter pro Quadratmeter; 2018 waren es lediglich 587 l). In Sachsen-Anhalt regnet es durchschnittlich nur 561 mm, da große Teile des Landes im Windschatten des Harzes liegen, 2018 lag der Niederschlag deutlich darunter. Auf dem Brocken fielen in den Jahren 1961-1990 im Mittel 1767 mm. Im Gegensatz zum Flachland entstand zwischen 1951 und 2016 in den Bergen mehr Stark- und Extremniederschlag als in früheren Perioden. Während die Trockenzeiten nicht zugenommen haben, ist die Anzahl der Hitzetage seit den 1980er Jahren angestiegen (Minist.U,L,E. „*Beobachteter Klimawandel in SA*“, Magdeburg 2017).

Bei weiterem **Bevölkerungswachstum** könnte es in südlichen Regionen Afrikas und Asiens große Probleme geben im Kampf um Ressourcen und Nahrungsmittel. Immerhin sagen (glaubhafte?) Prognosen, dass die Bevölkerung Afrikas von **derzeit 1,2 Milliarden bis 2100 auf vier Milliarden** anwachsen könnte. Das würde das Hauptproblem der Zukunft werden. Daher muss eine projektbezogene *Wirtschaftshilfe* verstärkt werden, mit der Maßnahmen zur Geburtenregulierung zu verbinden sind. Letzteres erfolgt bislang nicht einmal ansatzweise, sofern man die Reden führender Politiker dahingehend durchsucht.

Der **Meeresspiegel** steigt als Folge des Abschmelzens von Gletschern in den Hochgebirgen und des Dauereises in den Polargebieten sowie durch Ausdehnung des wärmeren Wassers der Ozeane. Gegenwärtig sind es ca. 3,4 mm im Jahr. Bei linearem Ablauf in den kommenden 100 Jahren würden es 34 cm werden, bei einem exponentiellen Anstieg deutlich mehr. Ein Sonderbericht des Weltklimarates (IPCC) rechnet in diesem Jahrhundert mit 26-87 cm, denen durch langfristige Anpassungen zu begegnen sein müsste. Keinesfalls erreicht der zu erwartende Anstieg die politischen Angst-szenarien von einigen Metern.

Trotz einer sehr dynamischen Entwicklung der **alternativen Energiegewinnung** sind weltweit etwa 1600 Kohlekraftwerke in Planung oder im Bau, allein China will mit 600 neuen Kraftwerken die gegenwärtig produzierenden 3700 ergänzt. Weiterhin werden dort 70 Kernkraftwerke geplant, die mit den 440 bestehenden Atommeilern einen abgasfreien Strom erzeugen sollen.

Selbst das durch Erdbeben gefährdete Japan nutzt die Kernkraft zu hohen Anteilen für seine Stromversorgung, Fukushima ist inzwischen wieder angefahren.

Fachexperten sagen, dass nur mit den Kraftwerken der hohe und weiter steigende Stromverbrauch weltweit gedeckt werden könne, zumal da die alternativen Quellen bei einem ohnehin geringen Erntefaktor keinen ganztagig planbaren Strom liefern. Diese Kreise warnen vor weiter steigenden

Strompreisen und bezeichnen die Energiewende als ein „Subventionsmonster“, mit dem in Deutschland obendrein von den Problemen der Asylpolitik abgelenkt würde (Stefan Aust, Welt, 4.6.2019, und s. beistehenden Kasten)).

Die **nationale Klimaschutzpolitik** basiert ganz wesentlich auf der Reduzierung der Treibhausgase, insbesondere des CO₂. Wir haben unter den großen Volkswirtschaften die ambitioniertesten Klimaziele und Deutschland hat diese besonders hoch gesteckt, so dass sie angesichts der Atomabschaltung im Guten kaum erreichbar scheinen. Die schon heute höchsten Strompreise werden angesichts des geringen „Erntefaktors“ der alternativen Energiequellen weiter ansteigen.

Gegner einer solchen Politik verweisen darauf, dass das globale Klima sich weitgehend auf natürliche Weise durch die Interaktionen vieler Faktoren regulieren würde, unter denen der menschliche Einfluss sehr gering sei. Klimapolitik sollte daher nicht zuerst auf die Verringerung des Kohlendioxids orientiert sein, sondern vorrangig der Anpassung an die Folgen der Erwärmung dienen. Diese würden vor allem eine Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Infrastrukturen erforderlich machen, etwa als Schutz vor Hochwasser, Orkanen und anderen Wetterkapriolen, vor Wassermangel und Dürreperioden sowie vor dem Verlust an Lebensraum in den ariden Klimazonen. Die Pflanzenzuchtforschung erfasst die genetische Variation und setzt gentechnische Methoden ein zur Züchtung resistenter Sorten, die besser an Trockenperioden angepasst sind und brauchbare Ernten mit weniger Wasser erzielen.

Man könne sich aber auch den Gewinn von Lebensraum in den subarktischen Gebieten und Gebirgen vorstellen. Wenn dann allerdings die Permafrostböden auftauen, werden große CO₂-Mengen freigesetzt, was bei Annahme der Bedeutung der Treibhausgase für die Erwärmung den Gewinn wieder infrage stellt.

Die Einsparung fossiler Energieträger ist unabhängig vom für und wider der Ursachen notwendig, weil künftige Generationen diese für die Herstellung verschiedenster Wirtschaftsprodukte benötigen, insbesondere in der chemischen Industrie. Da fossile Rohstoffe endlich sind, sind weitere Verfahren zur Energiegewinnung erforderlich, für die atomarer Wasserstoff und strahlungsfreie Atomtechnologien schon beforscht werden.

Die **Klimapolitik** verändert hiesige Landschaften durch Windkraftanlagen, Leitungsnetze, Wärme- und Energiespeicher, durch Eingriffe in das Baugewerbe, die Industrie und den Verkehr sowie durch den Anbau von Mais und anderen Pflanzen zur Biogaserzeugung. Die Argumente für diese Maßnahmen klingen glaubhaft, solange die positiven Seiten betont werden. Die negativen sind die geringe Effektivität (Erntefaktor <5:1) und die Abhängigkeit vom Wetter.

Die Töpfe für Klimaforschung und Kompensationsmaßnahmen scheinen gut gefüllt zu sein. Ob diese auch für die Bewältigung der Folgen des Kohleausstiegs und die betroffenen Menschen nutzbringend verwendet werden, hängt von der Verteilung des verfügbaren Geldes nach den Entscheidungen der Politik ab.

Daher werden die deutschen Aktivitäten zur **Energiewende** von der etablierten Polit-medialen Klasse als vorbildhaft für den weltweiten Klimaschutz dargestellt – oft als großspurige Aufmachung zur „*Rettung des Planeten*“ (u. a. Frau Dr. Merkel vor der Wahl 2017)). Nicht wenige unabhängige Wissenschaftler widersprechen der Begründung der Energiepolitik und halten die Maßnahmen für überzogen. Sie werden kaum angehört, möglichst aus Talkshows und wahrscheinlich auch aus internen Gesprächen raus gehalten. Ein jüngstes Beispiel dafür ist die Weiterentwicklung der Erzeugung von Atomstrom im Dual-Fluid-Reaktor. Dessen „Erntefaktor“ (s. u.) soll bei großer Sicherheit und Strahlungsfreiheit ein Mehrfaches selbst der hocheffektiven Atomkraftwerke betragen. Das international patentierte, jedoch nicht praxisreife System wird demnächst in Polen erprobt, da Deutschland angeblich keine Förderung gibt – ein quasi-religiöses Dogma ums Atom darf hier scheinbar nicht infrage gestellt werden, solange der grüne Einfluss unsichere Führungskräfte lähmt.

Die **Klimapolitik bindet Milliarden**, die angeblich nicht immer energieeffizient wirken. Miserabel sei der Erntefaktor als Ergebnis der gelieferten Energie abzüglich des gesamten Energieaufwandes für Bau, Betrieb und Rückbau. Dieser Faktor soll bei Photovoltaikanlagen mit Direkteinspeisung bei 3,9 und bei Windkraft bei 4,0-4,5 gegenüber rund 30 bei Kohle und Erdgas, 40 bei Wasserkraft und 75 bei modernen Kernkraftwerken liegen.

Sonne und Wind liefern zudem nur etwa 1% der globalen Energieerzeugung. In Deutschland ist dieser Stromanteil aber steil angestiegen auf etwa 18% bei Gesamtkosten von 160 Milliarden in 10 Jahren, was den Preis je kW in die Höhe getrieben hat. Der Strompreis stieg zwischen 2002 und 2017 von 16,1 Cent/kWh auf 29,2 Cent bei einer Zunahme erneuerbarer Energien von 7,8 auf 36,2% am Gesamtaufkommen. In dieser Zeit wurden die Abgaben vom Strompreis an den Staat von 29-39% auf 54-55% angehoben (Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft 2018).

Die **Klimaschutzpolitik** ist ein Kernthema der Grünen. Nun höchst populistisch von einer „*Klimakatastrophe*“ oder gar religiös getönt von einer Gefahr für die „*Bewahrung der Schöpfung*“ zu sprechen (Frau Eckardt-Göring), ist ein teurer und verhängnisvoller Irrglaube, da der Einfluss des Menschen auf den Wandel zwar als unumstößliches Dogma gehandhabt wird, tatsächlich weder bewiesen ist noch bedeutend sein dürfte. Außerdem kommen aus Deutschland nur 1,8-2,3% des weltweiten CO₂-Ausstoßes und diese großteils aus natürlichen Quellen. Für China werden bei steigender Tendenz 28% und für die USA 15% angegeben (MZ, 12.6.2019).

Extremaussagen mit emotionaler Tönung finden gegenwärtig neue Welterklärer, um problematische Themen zu besetzen und gesellschaftliche Vorteile zu erringen. So wird mit der „*Fünf vor zwölf*“-These Unsicherheit verbreitet, um den „*ultimativen Kohleausstieg*“, die „*wirkliche Verkehrswende*“ und eine tatsächliche „*Agrarwende*“ zu beschleunigen, Letztere mit weniger Nutztieren, Dünger und Herbiziden, aber mit mehr vegetarischer und veganer Ernährung, koste was es wolle.

Dabei sind Falschmeldungen für eine „*gute Sache*“ scheinbar eine Möglichkeit, Anhänger gegen die parteipolitischen Konkurrenz zu binden.

Doch wenn dazu Kinder und Jugendliche für die „*Bewahrung unseres Planeten*“ freitags vom Unterricht abgehalten und auf die Straße geführt werden, weil deren „*Zukunft in Gefahr*“ sei und es „*keinen Planeten B*“ gebe, dann ist ein Höchstmaß an Demagogie erreicht, ganz abgesehen von der mangelnden Sachkenntnis und der Verschleierung der Initiatoren der angeblich spontanen Jugendproteste (siehe folgenden Abschnitt).

Der endgültige **Ausstieg aus der Braunkohle** wurde nach harten Verhandlungen im Januar 2019 auf 2038 festgelegt. „*Zuerst die zugesagten Ausgleichsmaßnahmen und dann der Kohleausstieg, nicht umgekehrt!*“ meinte der MP Dr. Haseloff aus Magdeburg. Vorgesehen sind 40 Milliarden Euro für die Strukturanpassung, für Vorruhestandsregelungen und für die Ansiedlung neuer Unternehmen in den betroffenen Bundesländern. Dem steht der Verlust von ca. 20 000 Arbeitsplätzen entgegen, die möglichst an den Standorten gehalten werden sollen. Die Planung enthält offensichtlich noch nicht die sozialen Folgeschäden in den Regionen und ebenso wenig die Ausgleichszahlungen an die Energiewirtschaft.

Durch die für 2035 angekündigte Stilllegung des Braunkohle-Tagebaus Profen in Sachsen-Anhalt würden 2700 Menschen ihren bislang sicheren Arbeitsplatz verlieren, was eine Region mit etwa 10 000 Einwohnern schwer treffen wird. Doch der Kommentar der Grünenchefin A. Baerbock zum Kohlekompromiss gilt nicht zuerst diesen Menschen, sondern dem nicht erfüllten „*Klimaziel-Dogma*“ (ARD Tagesschau, 28.2.2019). Doch das hat keinen wissenschaftlichen Hintergrund!

Feinstaub und **Stickoxide** (NO_x) sind ein weiteres Klimathema. Sie schaden der Gesundheit bei dauerhaft hoher Kontamination, indem die Epithelien der Atemwege und Lunge gereizt werden, was die natürlichen Schutzfunktionen schwächt und Infektionen fördert. Ostdeutsche Bewohner der

Großstädte erinnern sich sehr gut an die Ruß-geschwängerte Luft und die folgenden Gesundheitsprobleme im Winter – das war eine ganz andere Dimension! Sicher schadet starker Verkehr auf engen Straßen auch heute dem Wohlbefinden, doch ob Dieselfahrverbote sinnvoll sind, ist ebenso strittig wie die Höhe der zulässigen Grenzwerte.

Dass aber in Deutschland jährlich 60 000-80 000 zusätzliche Todesfälle durch Feinstaub und 6000-13 000 durch Stickoxide nach Angaben des Bundesumweltamtes entstehen sollen, ist höchst spekulativ - asiatische Megastädte sind hier nicht gemeint. Solche Zahlenangaben zu Krankheits- und Todeshäufigkeiten sind höchst opportunistisch, um politische Ziele zu bedienen.

Da mehrere Faktoren an der Entstehung interner Krankheiten wirken, könnte bestenfalls von einer Beteiligung gesprochen werden, die gering oder auch stärker, aber kaum messbar ist.

Übrigens dürften Angst und Verunsicherung das Abwehrsystem der Ängstlichen nachhaltiger schwächen als etwas Feinstaub in deren Lunge!

Ganz anders verhält es sich mit der Staublunge, die insbesondere bei Bergleuten unter unvergleichbar erschwerten Bedingungen entsteht. Sie löst klinische Symptome aus, verkürzt nicht selten die Lebensdauer und hinterlässt schwarze Ablagerungen in Lunge und Lymphknoten.

Nach eigener pathologischer Erfahrung in der DDR entstehen diese auch bei Stadthunden, die die Nase jahrelang am Boden verstaubter Straßen geführt hatten. Allerdings können wir über deren Einfluss auf die Lungengesundheit auch nur spekulieren.

Ein „Aufstand der Ärzte gegen Feinstaub-Hysterie“ (Bild , 23.1.2019) kommt - offiziell heftig widersprochen und abgewertet - gerade rechtzeitig zum Beginn von Dieselfahrverbote in Großstädten. Den vom Ex-Präsidenten der Deutschen Gesellschaft für Pneumologie und Beatmungsmedizin initiierten Aufruf haben viele Lungenärzte bis Januar 2019 unterschrieben, die die proklamierte Gesundheitsgefährdung als wesentlich überzogen bewerten. Dazu folgen vier Zitate:

- „Lungenärzte sehen in ihren Praxen und Kliniken täglich Todesfälle durch Lungenkrebs und COPD, jedoch Tote durch Feinstaub und NOx auch bei sorgfältiger Anamnese nie“ (Prof. Dieter Köhler, Ex-Präsident).

- „Die aktuellen Grenzwerte sind willkürlich gezogen, die Debatte ist von einer wahnsinnigen Hysterie geprägt“ (Prof. Peter v. Wickert, Hamburg).

- „Es ist verständlich, dass der Staat hier auf dünner wissenschaftlicher Basis Gesundheitsschutz durchsetzen will, während er die viel höhere Gesundheitsgefahr beim Rauchen hinnimmt“ (Dr. Thomas Hering, Berlin).

- „Wir können nicht sicher wissen, dass Feinstaub und NOx die ihnen hier zugeschriebenen Gefahren bewirken“ (Prof. Matthias Griese, München).

Die große „**Verkehrswende**“ ist ein nächstes Thema der postulierten „Klimagerechtigkeit“. In der Tat ist die Verkehrsdichte und Abgasproblematik in großen Städten problematisch und technisch teilweise ungelöst.

Angeblich ist aber die Ökobilanz der abgasfreien Elektroautos angesichts ihrer Ausgangsprodukte ungünstiger als die der Euro-6-Dieselmotoren, auch wenn erstere die Stadtluft deutlich geringer belasten.

Der Vorschlag einer Geschwindigkeitsbegrenzung von 130 km/h auf Autobahnen findet unterschiedliche Antworten, ganz nach jeweiliger Interessenlage. Für die Begrenzung spricht der Menschenschutz durch Verringerung der Unfälle und Todeszahlen, während der Beitrag zum „Klimaschutz“ aus quantitativer Sicht bedeutungslos sein dürfte. Die Begrenzung käme aber der Einsparung von Kraftstoffen entgegen.

Die einschränkenden Argumente stehen m. E. über dem Anspruch der „*freien Fahrt für freie Bürger*“, die mit großen Autos Höchstgeschwindigkeiten beanspruchen. Die Gesellschaft und Politik sollten künftig den Anspruch auf allerlei „Freiheiten“ gründlich überdenken. Die Autoindustrie

wird sich anpassen müssen, schon um linken Vorstellungen zu weiteren Einschränkungen zu widerstehen.

Dass gar die Kühe angesichts ihres **Methan-Ausstoßes** aus dem Gärbottich des Pansens zur Erwärmung der Erde beitragen würden, ist eine unsinnige Feststellung des aufgeschaukelten Klimathemas, was übrigens auch als Argument für mehr vegane Ernährung genutzt wird. Tatsächlich sind Alkane und darunter das Methan in größeren Mengen ein wirksames Treibhausgas, dessen Atome 80-mal mehr Wärmeäquivalente binden als die des CO₂. Es ist aber absurd, der Rinderhaltung als einer Grundlage menschlicher Kultur und Ernährung den Makel der Erderwärmung anzuhängen. Im übrigen hat der Rinderbestand insgesamt und besonders in den neuen Bundesländern stark abgenommen: 1990 = 19,5 Mio, 2018 = 11,7 in Deutschland = ca. 0,5 VE/ha; im Osten nur die knappe Hälfte: 1990 = ca. 0,5, 2018 = ca. 0,25 VE/ha.

Der **Koalitionsvertrag** 2018 widmet der Wirtschaft und Landwirtschaft im Wissen um die Bedeutung der Arbeitsplätze, des Lebensniveaus und des Exports abgewogene Aussagen. Es wird versichert, dass auch bei Einhaltung der vorgegebenen Klimaziele im Rahmen von „*Klimaschutz 2020*“ und des „*Klimaschutzplans 2050*“ die Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Industrien erhalten bleiben muss. Die ersten beginnen schon abzuwandern, z. B. modernste Kokereien nach China. Der Text lässt ein maßvolles Vorgehen beim Kohleausstieg, beim Ausbau der erneuerbaren Energien und bei Eingriffen in die Landwirtschaft erkennen. Das treibt die grün-linke Opposition mit den instrumentierten Jugendprotesten zu immer neuen Gegenaktionen und zur Falschaussage, dass „*nichts getan wird*“. Was schon getan ist, zeigen allein schon die vielen Windkraftanlagen.

Die ängstlichen Krisenmahner und eifrigen Angstmacher unterschlagen, dass das **Erdenleben** nicht nur schlechter, sondern tatsächlich in Vielem dort besser geworden ist, wo der Mensch wirksam eingegriffen hat. Das betrifft z. B. die gestiegene Lebensqualität und Lebenserwartung nicht nur in Europa und Nordamerika, sondern auch im weltweiten Durchschnitt durch bessere Gesundheitsfürsorge und erfolgreiche Bekämpfung einiger Seuchen. Auch der Anteil hungernder Menschen ist rückläufig trotz Bevölkerungszunahme, und rund 80% der Weltbevölkerung sollen inzwischen Schulen besucht haben. Die Lebenserwartung hat sich in vier Generationen verdoppelt. Und in Deutschland sind Luft und Wasser, Tierschutz und Nahrungssicherheit deutlich verbessert, und das nicht nur im Gebiet der ehemaligen DDR. Nach der Wiedervereinigung ist die mittlere Lebenserwartung im Osten um 5-6 Jahre gestiegen. Sogar die Anzahl der Verkehrstoten konnte durch technischen Fortschritt von 20 000 (1970) auf 3200 (2017) verringert werden (siehe M. Schröder, 2018. „*Warum es uns noch nie so gut ging und wir trotzdem ständig von Krisen reden*“. Verlag Benevento).

Nicht zu vergessen ist aber auch, dass die Unterschiede zwischen den Erdregionen weiterhin extrem groß sind, dass hier Tier- und Pflanzenarten abnehmen und aussterben und dort Lebensgrundlagen durch globale Erwärmung schwinden, vor allem aber, dass dem Bevölkerungswachstum nicht wirksam begegnet wird. Und es werden materielle, religiöse oder ethnische Gegensätze heute wie zuvor mit Gewalt und Krieg durchgesetzt, wenn auch nicht mehr in Europa, das durch Frieden und Wohlstand beruhigt ist.

„Jung, aktiv, aber machtlos?“

Unter diesem Titel werden die „*freitäglichen Klimaproteste der Schüler*“ in der Mitteldeutschen Zeitung (MZ, 4.3.2019) kommentiert. Diese würden „*das Bild der jungen Generation gerade rücken*“. Auch andere Medien einschließlich kirchlicher Blätter loben die Demonstrationen als Zeichen des Interesses der Jugend für Politik und für die eigene Zukunft. Zweifellos ist mit diesen Ak-

tionen ein Gemeinschaftserlebnis verbunden, das unabhängig von Zweck und Inhalt als motivierend empfunden wird und in positiver Erinnerung der Beteiligten bleiben wird.

Im März 2019 hätten sich **Schüler** in „1659 Orten in 105 Ländern“ freitags unter dem Motto „Global Climate Strike for Future“ versammelt, meldet das neue deutschland (nd, 15.3.2019).

Auch in unserem Land wird in zahlreichen Städten „Friday for Future“ statt Unterricht betrieben, um den „Planeten“ und „unsere Zukunft“ zu „retten“. Das findet in der Schulzeit statt, um größere Aufmerksamkeit zu erlangen.

Die **Freitagsaktion** wurde im August 2018 vor dem Reichstag in Stockholm von der 16-jährigen Schülerin *Greta T.* begonnen, angeblich initiiert durch die radikale Umweltbewegung „Extinction Rebellion“, die weltweit zum zivilen Ungehorsam aufruft und die Schulstreiks antreibt. Es sei „ein Geist der kreativen Rebellion zu wecken, der dringend notwendige Veränderungen in unserer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Landschaft ermöglicht“.

Zu den eigentlichen Initiatoren sollen Linkspolitiker aus Schweden und Norwegen gehören, die das Mädchen angeworben, instrumentalisiert und zur „Symbolfigur der Klimarettung“ gemacht haben. Weil die Klimaschutzbewegung ein „wichtiger Beitrag zum Frieden“ sei, haben sie das Mädchen gleich auch für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen.

Selbst seriöse Zeitungen nutzen die Popularität des schwedischen Mädchens. So widmete die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung (23.4.2019) dem Thema gleich drei Seiten, die großteils mit Geschwätz gefüllt waren, u. a. über das gesundheitliche Befinden der G. T. und das Finanzgefahren der Familie.

Die Organisatoren der Jugendproteste positionieren sich für einen „sofortigen Kohleausstieg“. Ein probates populistisches Mittel ist die Angstmache, denn es ginge „um unser aller Überleben“. Inzwischen agieren radikale Gruppierungen im Hintergrund, offensichtlich koordiniert durch die „Interventionistische Linke“ (IL), die unter der Jugend ihr Propagandamaterial verteilen lässt. Durch „gezielte taktisch-strategische Bündnisarbeit mit Nicht-Extremisten (versuchen sie), als Bindeglied anschlussfähig zu werden“, warnen Verfassungsschützer. Einbezogen seien z. B. das Jugendmagazin „Rebell“ der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD), die Antifa und Andere, die im Demo-Umfeld Nachwuchs zu rekrutieren versuchen (JF, 8.3.2019).

Greta T. selbst reist inzwischen mit plattem Gerede, aber bemerkenswertem Engagement werbend umher, denn „bei diesem Kampf sei kein Ende in Sicht“, solange „Maßnahmen gegen den Klimawandel ausbleiben“, was so schon nicht stimmt. Im Februar 2019 war sie mit Hilfe schwedischer Aktivisten beim Weltwirtschaftsforum in Davos akkreditiert, wo sie wie auch auf der Weltklimakonferenz in Kattowitz redete. Befragt, was sie denn eigentlich ändern wolle, war die schlichte Antwort in Davos „Everything“, wofür sie ausgelacht wurde (nd, 15.3.2019).

Im März und Juli 2019 hat das **schwedische Mädchen** wieder Deutschland besucht, nicht um unsere Sprache zu erlernen, sondern um die Freitagsdemonstrationen in Potsdam, Berlin und anderenorts anzufeuern. Die Schülerin nahm nach weiteren „Terminen“ den Sonderpreis Klimaschutz der „Goldenen Kamera“ entgegen. Überdies ist sie und die deutsche Protestmanagerin Luisa N. (Bündnis 90/Die Grünen) von den Institutsdirektoren Profs. Johan Rockström und Ottmar Edenhofer des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung zum Gespräch eingeladen worden. Beide Herren nutzten deren Popularität und sollen sich über den Besuch sehr gefreut haben, durch den sie zu mehr Verantwortung motiviert worden seien, denn „diese beiden jungen Frauen erinnern uns alle daran, dass wir Erwachsene Verantwortung übernehmen müssen“, erklärte J. Rockström – ein merkwürdiger Opportunismus (internet, März 2019).

Mit dem Eintritt der großen Naturschutzorganisationen **BUND** und **NABU** in die Demonstrationen zeigen diese wie zahlreiche andere Organisationen nun „Flagge und Haltung“, wohl aber suchen auch sie vor allem öffentliche Wirkung und Teilnahme an der para-religiösen Erweckungsbewegung. Mit deren Teilnahme werden die Veranstaltungen durchaus professioneller und der Druck

nimmt auf solche Politiker zu, die sich im Klimaschutz-Getöse nicht zurecht finden und vom Wind treiben lassen.

Die deutsche Organisatorin der „*Fridays for Future*“ Schülerstreiks Luisa N. (Bündnis 90/Die Grünen) meint, dass „*auf unsere Proteste eine ambitioniertere Klimapolitik*“ folgen müsse, und herausfordernd verkündet die Studentin im 2. Jahr der Geografie: „*Wir werden die Europawahl zu einer Klimawahl machen*“, was nicht ganz gelungen ist (MZ, 4.3.2019). In der Funktion als „*Jugendbotschafterin der developmentspolitischen Lobby- und Kampagnen-Organisation ONE*“ veranstaltet sie Demonstrationen, redet auf Veranstaltungen und schreibt offene Briefe, z. B. an den Wirtschaftsminister Peter Altmeier, der „*ein Teil des Klimaproblems*“ sei, da er „*für die Industrie und nicht für die Menschen und den Planeten arbeite*“!! (Wikipedia).

In der DDR hätte Luisa - mal sehr zu recht - keinen Zuspruch für solche dreisten Sätze erfahren, sondern sich Unbequemes anhören müssen, wie „*Jugendfreundin, Du studierst hier auf Arbeitergroschen. Bedenke das und zeige erst einmal, was Du kannst*“ (in den 1950ern oft genug selbst gehört)!

Ähnliches wäre auch anderen Jungpolitikern der links-ökologischen Bewegung zu sagen! Doch Luisa besucht wie Greta, die mit der Schule ein Jahr aussetzt und neuerdings nach New York zur Weltklimatagung segelt, Veranstaltungen in Afrika, Amerika, Asien und Europa. Das ergibt „*für die gute Sache*“ des Klimaschutzes einen großen CO₂-Fußabtritt, der aber viel reisenden Geschäftsleuten wegen deren „*Klima-schädigenden Verhaltens*“ als „*Vielfliegende*“ vorgeworfen wird (nd, 15.3.2019).

Ein erstes Ziel ist erreicht durch Aufmerksamkeit in der Politik und Gespräche mit Ministerpräsidenten. Seither springen auch scheue Gäste auf den fahrenden Zug, Werbeangebote ergeben mehr Geld für die „gute Sache“ und selbst Unternehmen gehören zu den Gewinnern. So verdankt die Restfirma Q-Zells aus Thalheim bei Bitterfeld den steigenden Absatz ihrer nun in Südkorea produzierten Module angeblich auch der demonstrierenden Jugend (MZ, 28.7.2019).

Ein Leserbrief des Helfried A. endet verständnisvoll: „*Ich kann der Aktion eben nur abgewinnen, dass sie gut gemeint ist*“ (MZ, 6.3.2019); denn die geschürten Zukunftsängste brauchen ein Ventil. Dafür waren die Jugendproteste eine geeignete Form, bevor sie politisch missbraucht wurden.

Einige eigene **Anmerkungen** folgen nun

1. Zum Inhalt der Proteste: Die offenen Fragen zur Erderwärmung und zum dadurch bedingten Klimawandel bleiben außerhalb der Sichtweite der Demonstranten (s. Kap. 34); anderes ist auch nicht zu verlangen. Der menschliche Einfluss auf die Erderwärmung scheint gering zu sein, und wäre er doch stärker, dann hätten die europäischen Staaten daran nur einen kleinen Anteil von etwa 10% des weltweiten CO₂-Ausstoßes. Unabhängig davon ist höchst umstritten, welche Ursachen welche Folgen haben.

2. Zur Steuerung der Proteste: Die große Kolumne des „neuen deutschland“ lässt annehmen, dass auch hier die Jugenddemonstrationen durch linksextreme politische Kreise gesteuert sind, die aus Greta T. eine Ikone gemacht und selbst inzwischen Millionen eingespielt haben.

Man könnte überdies denken: Die linken Parteien haben ihr traditionelles Wahlvolk größtenteils verloren. Daher ist für sie eine Neuorientierung erforderlich. Dieser kommt eine Massenbewegung der Jugend entgegen, die mit Propagandamaterial zu angeblichen Gefahren - Atom, Kohle, Diesel, Abgase, Verkehr, vergiftete Felder, ungesunde Nahrung - und mit Parolen zu neuen politischen Visionen gefüttert wird, die den Ausweg aus den hoch geredeten „Krisen“ zeigen wollen!

3. **Zur Nutzung der Proteste:** So schön der erste Blick auch ist, im zweiten geht es um Druck auf die Regierungen, orientiert an den Klimazielen, die – wenn überhaupt real – vermutlich verfehlt werden. Bei einer Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre könnte die Abstimmung der Jugend das Zünglein an der Waage der politischen Macht werden.

Im Nachteil dürften dann die konservativen Parteien sein. Daher versuchte die zu jeder Drehung befähigte „sowohl-als-auch“ Bundeskanzlerin mit ihrem Lob der Jugendproteste für ihre Partei einen Bonus zu retten, auch wenn sich jene gegen ihre eigene Politik richten.

Warum wird am Freitag und nicht am Sonnabend demonstriert?

Steht hinter dieser Entscheidung gar eine **Herausforderung des Lehrpersonals**?

Soll also deutlich werden, welche Lehrer *für* oder *gegen* die „Klimagerechtigkeit“ und damit für oder gegen die „Zukunft“ der Jugend sind? Sich also aus links-grüner Sicht „politisch korrekt“ verhalten oder reaktionären Gesinnungen anhängen? Solch ein Hinterhalt ist bestimmten Meinungskartellen zuzutrauen, etwa in der Art der „Handreichung“ für Kindergärten durch die linksextreme **Amadeo Antonio-Stiftung**, die Kriterien für eine „frühsexuelle Erziehung“ und zur Erkennung „rechter Eltern“ formuliert hat.

Was wird nun aus Lehrern, die Freitags Diktate ansetzen, den abwesenden Demonstranten eine schlechte Note eintragen und diese schließlich sitzen lassen?

Wenn es in einer Schule grün-linksaußen hergeht, wird vielleicht die Gesinnungstrommel geschlagen und alle Vernunft ausgeblendet: Die vom Klimarummel unbeeindruckten Lehrer könnten fanatisierte Kollegen auf den Hals bekommen, die mit gleich gesinnten Eltern wie Beate K. aus Halle paktieren, die der Jugend im Stil einer Pionierleiterin zuruft „Kämpft um Euer Leben!“ (MZ, 6.3.2019).

Dann hat man die „rechten Klimaleugner“ gefunden und kann sie bei Bedarf gleich auch noch als „Nazis“ fertig machen, denn die vernünftige Mehrheit wird wie (fast) immer schweigen, wenn die Meinung der Macht, also hier der Direktion, gegen sie steht (s. Kasten).

Nun ist diese **Methode der Manipulation** zurück gekehrt, doch sie wird auf andere Art praktiziert. Dabei handelt es sich um die Anmaßung der Klimaideologen, die Ursachen der Erwärmung kennen zu wollen, die eben sie und andere nicht genau kennen. Das ist eine Zeit für den Schein statt für das Sein, für das Glauben statt für das Wissen. Und wieder geht es um politische Macht, auch wenn alles sympathischer, harmloser und unverbindlicher im Vergleich zu den voran gegangenen Diktaturen erscheint.

Dabei mögen die Mädchen und Jungen an ihren Beitrag für die „Erhaltung unseres Planeten“ ruhig glauben und ihr Gemeinschaftserlebnis feiern. Und das hätte sogar dann sein Gutes, wenn sie daraus den Ansporn für konkrete Maßnahmen im Umgang mit ihrer direkten Lebensumwelt gewinnen.

Dass die Erhaltung des Planeten, wahrscheinlich nicht einmal ein baldiger Stopp der Erwärmung in keiner Macht keiner Regierung und schon gar nicht in der unseres Landes steht, ist mit einiger Wahrscheinlichkeit anzunehmen. Die richtige Antwort geben spätere Zeiten.

Könnten wir ins Klima tatsächlich eingreifen, dann wäre die Absenkung der 2% des deutschen Beitrags zum weltweiten CO₂-Ausstoß nur eine Randnotiz, aber immerhin ein gutes Zeichen. Demonstrationen sind zu rechtfertigen für reale Inhalte eines maßvollen Lebensstils und Umgangs mit den endlichen Ressourcen.

Den **Klimaideologen** kommt die gegenwärtige, periodisch entstehende Dürreperiode entgegen, deren negative Auswirkungen dort am wenigsten zu beobachten sind, wo in der Kommunalwahl 2019 die meisten Menschen die Grünen gewählt haben, z. B. in Halle 16,3%, in Magdeburg 15,4% und in Dessau-Roßlau 10,1% bei nur 4,9% in den 11 Landkreisen von Sachsen-Anhalt, wo die Folgen für Garten und Landwirtschaft am offensichtlichsten sind und wo man die Füße am Boden hat.

Der Unterschied zeigt, dass nicht die reale Veränderung, sondern eine virtuelle Wahrnehmung hierzu den Ausschlag gegeben hat.

Überspitzungen in die Extreme scheinen notwendig zu sein, damit politische Entscheidungen in der parlamentarischen Parteien-Demokratie ausgelöst werden. Damit verbunden ist eine Art *Gegen-Aufklärung*. Sie wird insbesondere im Osten wahrgenommen, wo man Gesinnungsherrschaft kennt und wo die Parteienbindung nicht so ausgeprägt wie im Westen ist. Das dürfte zu den Gewinnen bei der Europawahl 2019 für die AfD und die Linken beigetragen haben. Der Vergleich zum Westen zeigt deutlicher als je zuvor eine gespaltene Wahrnehmung: AfD = 21,2% Ost bzw. 8,6% West, Linke = 13,2% bzw. 4,6%, die drei regierenden Parteien = 43,8% Ost bzw. 50,8% West.

Zu bedenken sind die Sätze des deutschen Publizisten jüdischer Herkunft **Henryk M. Broder**, der sich - wie auch der Autor dieser Schrift - als unabhängiger Wechselwähler bezeichnet. Zu Beginn seiner Rede am 29.2.2019 vor der AfD-Bundestagsfraktion bezeichnete er diese spöttisch als eine medial vermintete „no-go-area“ von „Nazis, Neo-Nazis, Krypto-Nazis und Para-Nazis“, womit er die platte Hetze der Gegner aufspießte. In seiner Aufzählung von Wünschen für juristische Veränderungen findet sich diese Empfehlung:

„Ich bin für eine Verschärfung des Tatbestands ‚Kindesmissbrauch‘, um auch solche Fälle verfolgen zu können wie den der Greta aus Schweden, die von den Klimarettern zur Ikone ihrer Bewegung erkoren wurde“. Zum Thema Klima als Fetisch „hat bereits der britische Schriftsteller Gilbert Keith Chesterton das Richtige gesagt: ‚Seit die Menschen nicht mehr an Gott glauben, glauben sie nicht an nichts, sie glauben an allen möglichen Unsinn.‘“

Da beim „Kampf für das Klima“ letztlich eine Glaubenshaltung die komplizierten Sachinhalte überlagert, gehören auch Gebote dazu, meint D. Horn aus Reichshof (Leserbrief JF, 5.4.2019). Die könnten unter anderen so klingen:

- Ich verzichte auf mein Smartphone, da die Rohstoffe umweltschädlich in Afrika/Asien gewonnen werden.
- Ich brauche keine Markenkleidung, kleide mich in fair gehandelten Stoffen aus nachhaltiger Produktion.
- Ich verzichte auf Urlaubsreisen mit dem Auto und Flugzeug, insbesondere auf Billigflüge.
- Ich verzichte auf Hobbies, die klimaschädlich sein können und konzentriere mich auf mein Fahrrad.
- Ich weiß, dass E-Mobilität eine verheerende Klimabilanz hat, daher verzichte ich darauf.
- Ich ernähre mich nur mit regionalen und saisonalen Produkten aus Deutschland, die nicht weit gereist sind.
- Ich drossle die Raumtemperatur meines Zimmers im Winter auf 18°C.
- Ich dusche nur noch zwei mal in der Woche und dann so kurz wie nötig.
- Ich verzichte auf Konsumgüter und Verpackungen aus Kunststoff.
- Ich verwende keinen Strom aus Biomasse, denn die Maismonokulturen zerstören die biologische Vielfalt.

Der Autor dieser Empfehlungen ist „*sehr gespannt, wie viele Schüler dann freitags noch am Start wären, müssten sie die Selbstverpflichtung unterschreiben*“. Das wäre nicht die Versuchung des Teufels, sondern die Probe aufs Exempel. Doch man kann annehmen, dass bei zahlreichen Menschen der Bezug zu einem Glaubensdogma eher wirkt als eine sachbezogene Aufklärung (siehe Kasten).

35. „Fridays for Future“ - Tatsachen gegen Endzeitstimmung

Endzeitstimmung war seit dem Mittelalter ein probates Mittel, Menschen zu beeinflussen – siehe die Geschichten und Bilder vom Fegefeuer, Höllensturz und Teufelswerk, die denen galten, die nicht recht glauben wollten. So angenehm die Klimaschutzziele auch klingen, so unreal und manipulativ ist diese Art von gegen-Aufklärung!

„Fridays for Future“ hat folgende Kurz- und Langzeitziele an die Politik formuliert, die auf den Demonstrationen verkündet werden:

- „Senkung der Treibhausgasemissionen in Deutschland bis 2035 auf Null, die Umsetzung des Kohleausstiegs bis 2030 und 100% erneuerbare Energien bis 2035“ - ein grober Unsinn!

Also keine Kohle, kein Öl und kein Erdgas zur Energiegewinnung. Sowieso kein Gedanke an Atomstrom, auch nicht mit neuen Technologien, wie mit dem angeblich Strahlungs-freien Dual-Fluid-Reaktor.

- Bis Ende 2019 sollen folgende Ziele umgesetzt werden: „Abschaffung der Subventionen für fossile Energien, Abschaltung eines Viertels aller Kohlekraftwerke und Einführung einer CO₂-Steuer auf alle Treibhausgasemissionen“, die alle Stromabnehmer treffen würde.

Das verlangt vermutlich den Import von Atom- und Kohlestrom ab 2020 aus den Nachbarländern. Aber in Deutschland kann man sich als Klima-ökologisch sauber und vorbildlich heraus stellen.

Wir hören in den NAJU-Texten Ängste junger Menschen, die ernst zu nehmen sind. Sie entstehen letztlich durch gezielte politische Beeinflussung. In Greta hat sich ein geeignetes Sprachrohr gefunden. Auf Kosten ihrer Schulbildung und altersgemäßen Entwicklung hat man sie aus einem dubiösen Hintergrund zum „Promistar“ aufgebaut!

Offensichtlich werden unter dem Dach der ungeerdeten „Multikulti-Ideologie“ mit ihrer „Weltzuständigkeit“ und moralisierenden Politik die Vermittlung von Wissen und sachlicher Aufklärung zunehmend in den Hintergrund gedrängt, so dass mit Emotionen und Irrlichtern, mit Angstmachen und Krisengerede die öffentliche Bühne bespielt werden kann.

Die Umsetzung der politischen Klimaziele würde in der geforderten Konsequenz eine extreme Schwächung der heutigen Energiewirtschaft und Industrie mit schweren gesellschaftlichen Folgen bewirken. Möglicherweise gibt es polit-anarchische Kreise, die solches beabsichtigen.

Bisher hat übrigens niemand erklärt oder gar bewiesen, wie drei bis vier CO₂-Teilchen in der Luft (0,034%) auf 10 000 Luftteilchen die Hauptursache der Erwärmung sein können?

Abschließend muss betont werden, dass zur Akzeptanz der „Klimawende“ und „Klimaschutzziele“ in der Bevölkerung eine emotional getönte „polit-mediale Hysterie“ entfacht ist, die nun selbst die Jugend einbezieht. Richtiger wäre die sachbezogene Aufklärung, deren höherer Anspruch aber den parteipolitischen Möglichkeiten in der Konkurrenz um Wähler entgegen zu stehen scheint. Hier hilft nur abwarten und kühlen Kopf bewahren.

aus: *Evangelische Verantwortung* 7 + 8/2019:

Klimawandel – Apokalypse oder Herausforderung

Prof. Dr. Wolfgang Merbach, Halle (Saale)

1. Die derzeitige Klimaerwärmung in der öffentlichen Wahrnehmung

In der Öffentlichkeit wird die heutige Klimaerwärmung - auf der Basis des vom Weltklimarat (Intergovernmental Panel of Climate Change = IPCC) vertretenen AGW-Modells (Anthropogen Global Warming Model) - fast ausschließlich den **anthropogenen** ("menschengemachten") Kohlendioxid (CO₂)-Emissionen angelastet, die durch die Verbrennung von Kohle, Öl und Gas sowie Industrie und Verkehr entstehen (1, 2). Es wird deshalb eine rasche **CO₂-Emissionssenkung** („**Dekarbonisierung**“) gefordert (1, 2, 23, 24). Anderenfalls drohe eine **Klimakatastrophe** mit unübersehbaren Folgen für die Menschheit und die Ökosysteme (Abschmelzen des Polar- und Gletschereises, Überflutungen, Wetterextreme, Wüstenausbreitung, Ernteausfälle, Hungersnöte, Artensterben, Verminderung der Biodiversität, 400 Mio. Klimaflüchtlinge (24), „Übersäuerung“ der Meere usw.) (1, 2, 23, 24). Essentiell sei die Umstellung von fossilen auf **erneuerbare Energieträger, nämlich** Windkraft, Solarenergie, Wasserkraft und Bioenergie (z. B. Biosprit), wobei letztere allerdings in Konkurrenz zur Sicherung der Welternährung steht und vielfach zur Abholzung von Tropenwäldern führt. Die grundlastfähige, ebenfalls CO₂-freie Kernenergie gilt in Deutschland seltsamerweise als ethisch nicht vertretbar!

In jüngster Zeit nehmen die Katastrophenwarnungen geradezu hektische Züge an und der Ruf nach sofortigen, drastischen Abhilfemaßnahmen wird zunehmend heftiger (23, 24, 25). Nach dem bereits sehr ambitionierten Vorschlag der sog. „Kohlekommission“ zum Ausstieg aus der Kohleverstromung bis 2038 folgte die Forderung der Grünen nach Ende des Verbrennungsmotors bis 2030 (Habeck) und Verdopplung des CO₂-Preises (Baerbock) sowie der *Friday-for-Future*-Bewegung nach einer Steuer von 180 €/t CO₂ (= 162 Md. Euro pro Jahr) und Abschaltung von 25% der Kohlekraftwerke noch 2019 (100% bis 2030) bzw. nach 100%iger Versorgung aus erneuerbaren Energieträgern bis 2035. Besonders schrill nimmt sich das Rezo-Video (24) aus: Nach der fast apokalyptischen Beschworung der Folgen der bevorstehenden Klimakatastrophe (siehe oben) werden dort u. a. folgende Behauptungen aufgestellt:

- a) Deutschland behindere (vornehmlich auf Betreiben der CDU) unter Ignoranz der Auffassung nahezu der gesamten seriösen Wissenschaft- im Unterschied zu anderen Ländern- den Ausbau erneuerbarer Energieträger (vor allem Fotovoltaik), obwohl deren Kosten nicht höher, sondern oftmals niedriger als die der Kohleverbrennung lägen.
- b) Die CO₂-Konzentration der Atmosphäre habe sich in der Erdgeschichte im Gleichgewicht befunden und sich durch die menschlichen Aktivitäten erst in der Neuzeit erhöht. Trotzdem subventioniere die CDU- geführte Bundesregierung die Profite der Kohlelobby aus Steuergeldern.
- c) Falls nicht innerhalb von 9 Jahren die CO₂-Emissionen beendet würden, sei die 1,5-Grad-Grenze nicht einzuhalten mit der Folge einer irreversiblen und nicht mehr zu stoppenden Erderwärmung und Zukunftszerstörung.
- d) Die Sonneneinstrahlung habe für die Erderwärmung keine Bedeutung, da deren Aktivität in den letzten 60 Jahren sehr niedrig gewesen sei.
- e) Der durch den Kohleausstieg zu erwartende Verlust an Arbeitsplätzen (angeblich ca. 20000) sei eher marginal und im Unterschied zu den ca. 80000 verlorenen Arbeits-

plätzen in der Fotovoltaik relativ leicht zu kompensieren (Anmerkung des Verfassers: Der Wegfall von 80000 Arbeitsplätzen bei der Fotovoltaik dürfte aber maßgeblich auf die mangelnde Konkurrenzfähigkeit hiesiger Solarzellen-Hersteller gegenüber über chinesischen Produzenten zurückgehen!)

Allerdings gibt es gegenteilige Auffassungen und Fakten, die leider in der veröffentlichten Diskussion wenig vorkommen. Beispielsweise bekommt man (anders als Rezo glauben macht) erneuerbare Energiequellen eben nicht ohne Zusatzkosten. So hat die Ökostromförderung die deutschen Stromkunden bisher ca. 240 Md. Euro gekostet (jährlich kommen ca. 25 Md. hinzu, vgl. 28). Deshalb hat Deutschland inzwischen neben Dänemark die höchsten Strompreise. Die Weltgemeinschaft gibt mehrere 100 Md. Dollar jährlich (3) für den „Klimaschutz“ (richtiger wohl die Milderung der Klimaerwärmung; das Klima (als statistischer Mittelwert des Wetters von 30 Jahren) kann man nicht „schützen!“) aus.

Vor diesem Hintergrund wäre es fatal, wenn das vom Weltklimarat favorisierte AGW-Modell vom anthropogenen, CO₂-basierten Klimawandel nicht zuträfe, denn die Menschheit kann es sich nicht leisten, Ressourcen zur Behebung von Phantomen zu vergeuden; in einer Welt mit ca. 1 Md. Hungernden und einem Bevölkerungswachstum von 3 Md. bis 2050 schon gar nicht. Tatsächlich bestehen in der internationalen Fachwelt erhebliche Zweifel an der Richtigkeit dieses Modells (Lit. bei 4, 5, 38). Daher ist auch die Rezo-Aussage zu bezweifeln, dass 97 oder sogar mehr als 99% der mit Klimafragen befassten Wissenschaftler die These vom anthropogenen Klimawandel bejahen. Dagegen sprechen eine Reihe von Resolutionen, an denen u. a auch Nobelpreisträger beteiligt waren (26) und die selektive Auswahl der untersuchten Zielgruppen (27). Die oft zitierte Studie von COOK (2013) sortierte z. B. alle Arbeiten, die keine Aussage zur menschlichen Klimaverantwortung trafen oder nur eine unbedeutende menschliche Rolle bei der Klimaerwärmung postulierten, als nicht relevant aus, obwohl diese 66,4 % aller ausgewerteten Beiträge umfassten. Die Zustimmung von 32,6% wurde dann gleich 100% gesetzt, so dass am Ende eine irreführende Quote von 97% „errechnet“ wurde.

Daraus folgt, dass die These vom anthropogen verursachten Klimawandel wie alle wissenschaftlichen Hypothesen auf Richtigkeit geprüft werden muss. Die Grundfrage lautet: „Ist das CO₂, das der Mensch der Atmosphäre zusätzlich zuführt, tatsächlich für den heutigen Klimawandel verantwortlich?“ (6). Erst wenn das wissenschaftlich beweiskräftig bejaht werden kann, würde die AGW-Hypothese das Gewicht erhalten, was sie derzeit beansprucht. Und erst dann wären die eklatanten Ausgaben gerechtfertigt, die für die Förderung von erneuerbaren Energiequellen anfallen. Daraus ergeben sich folgende Fragen:

- **Ist die heutige Erderwärmung wirklich stärker oder schneller („nie da gewesen“) als vor Industrialisierungsbeginn, als fast nur natürliche Faktoren wirkten?**
- **Ist das anthropogene CO₂ wirklich die (einzige?) Ursache des heutigen Klimawandels?**
- **Sind die Befürchtungen über vorrangig negative Folgen (Klimakatastrophe) berechtigt?**
- **Ist ein sofortiger, radikaler Umstieg von fossilen zu regenerativen Energieträgern realisierbar, ökonomisch, sozial und ökologisch nachhaltig und könnte er die energetische Versorgungssicherheit gewährleisten?**

Dazu soll im Folgenden exemplarisch Stellung genommen werden. Vollständigkeit ist dabei nicht beabsichtigt und auch wegen der Begrenztheit der Seitenzahl nicht möglich.

2. Ist der derzeitige Klimawandel dramatisch und beispiellos?

Zweifellos erleben wir seit ca. 100 – 150 Jahren eine globale Erderwärmung, die zeitlichen und regionalen Schwankungen unterliegt und durch Abkühlungen unterbrochen wurde (vgl. 1, 4, 5). Seit 1880 wuchs die Globaltemperatur (durchschnittliche Lufttemperatur an der Land- und Meeresoberfläche) um ca. 1°C . Gleichzeitig stiegen Ozeantemperaturen und Meeresspiegel (0,2 – 0,5 mm/Jahr) etwas an und die Schmelzprozesse beschleunigten sich in einigen Erdregionen (aber Antarktis-Vereisung (7) nahm zu). **Klimawandel ist kein neues Phänomen.** Seit mindestens 2,3 Md. Jahren wechselt das Klima zwischen Kalt- und Warmzeiten. Diese Veränderungen waren **meist gravierender** (oft 10mal stärker) und schneller **als heute**. Nach dem Ende der letzten Eiszeit vor ca. 11500 Jahren leben wir heute in der Warmzeit (Zwischeneiszeit) des Holozäns. Auch diese ist von wechselnden wärmeren und kälteren Perioden geprägt (29, 30). Selbst in historisch überschaubarer Zeit (3200 Jahre, vgl. **Abb.1**) gab es Klimaoptima, die z. T. wärmer waren als heute (4, 5, 8).

Zwischenfazit: Der heutige Klimawandel ist weder beispiellos noch einmalig. Es handelt sich dabei um eine normale Erscheinung unserer Holozän-Warmzeit, die nicht bedrohlich ist und auf natürliche Ursachen zurückgehen muss, da stärkere Erwärmungen als heute auch in vorindustrieller Zeit auftraten.

Northern Hemispheric temperature reconstruction for the past 10,000+ years

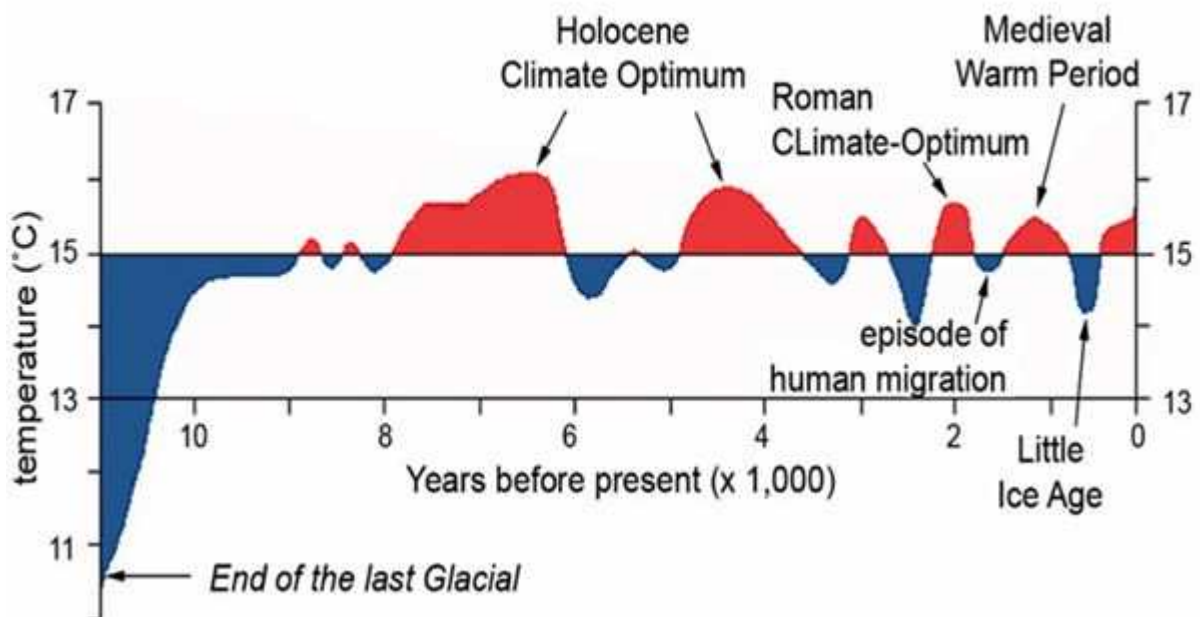


Abb. 1: Oberflächennahe Mitteltemperaturen der Nordhemisphäre in den letzten 11000 Jahren (Holozän) nach Kehl 2008 (29) und Schönwiese 1995 (30)

3. Ist Kohlendioxid (CO₂) die dominierende Ursache für den derzeitigen Klimawandel?

CO₂ gehört neben Wasserdampf (H₂O), Stickoxiden, Methan und Ozon zu den Treibhausgasen, die (ähnlich wie Gewächshausglas) Teile der von Sonne eingestrahnten bzw. von der Erde abgestrahlten Infrarot (Wärme)-Strahlung absorbieren und dadurch die Temperatur der unteren Atmosphäre erhöhen (13, 22). Dieser **natürliche Treibhauseffekt** sorgt an der Erdoberfläche für mittlere Globaltemperaturen von ca. 14 – 16 °C und ist eine **Voraussetzung für das irdische Leben** (13). Am wirkungsvollsten sind H₂O (>60 %) und CO₂ (ca. 15 %). Nach Ansicht des IPCC verursachen die menschlichen Treibhausgasemissionen einen zusätzlichen Erwärmungseffekt, wobei dem CO₂ ein Anteil von 60 %, dem H₂O erstaunlicherweise gar keine Wirkung zugeschrieben wird. Darin sieht der IPCC die Ursache für die heutige Klimaerwärmung. Dagegen spricht aber Folgendes (5):

- Der derzeitige Anstieg der CO₂-Konzentration von 0,03 auf 0,04 % ist undramatisch. In der Erdgeschichte lag sie (**entgegen der Behauptung von Rezo**) meist 2 - 3fach, oft auch 10 - 20fach höher als heute. Trotzdem traten auch damals weltumfassende Eiszeiten auf. Die **heutige CO₂-Konzentration ist eher eine negative Abweichung in der Erdgeschichte**.
- Der Umfang der anthropogenen CO₂-Emissionen liegt heute bei 5 – 6 % der CO₂- Gesamtemissionen. Maximal verbleiben 2 % in der Atmosphäre. Die Menschheit hat also nur einen geringen Anteil an der globalen Kohlenstoffbilanz.
- Die Klimasensitivität („Heizwert“) des CO₂ (d. h. Erwärmung bei Verdopplung der Konzentration) wurde bislang weder experimentell noch physikalisch-theoretisch ausreichend genau bestimmt. Die Angaben schwanken zwischen 0,4 und 1,1⁰ (5). Sie sind viel zu niedrig, um die Temperaturprognosen des IPCC (2013/14) von 1,5 bis 4,5⁰ zu rechtfertigen. Das ist verständlich, weil beim derzeitigen atmosphärischen CO₂-Gehalt eine weitgehende Sättigung der wichtigsten Absorptionsbande (14,7 Mikrometer) vorliegt (41) . Lediglich durch die Einführung umstrittener, nicht experimentell gestützter Rückkopplungs -(Verstärkungs)faktoren von Wasserdampf und Wolken kommt der IPCC zu diesen hohen „Heizwerten“ (15). Bezeichnenderweise werden Befunde über negative Rückkopplungen (14) und die mit steigender Konzentration logarithmische Abschwächung (Sättigungseffekt) des CO₂-Heizwertes (15) außer Acht gelassen. **Es gibt also keinen belastbaren Beweis für eine starke „Heizwirkung“ des CO₂.**
- In vielen Phasen der Erdgeschichte liefen atmosphärische CO₂-Gehalte und Lufttemperaturen nicht konform. Es traten Eiszeiten bei hohen und Warmzeiten bei niedrigen CO₂-Gehalten auf. In den Zeiten der Erdgeschichte, in denen eine gute Parallelität zwischen Temperatur und CO₂-Konzentration herrschte (z. B. seit 450 T Jahren) **folgten die CO₂-Konzentrationsänderungen stets mit starken Verzögerungen nach einer Temperaturänderung** (16, 17). Das lässt sich dadurch erklären, dass sich im warmen Wasser weniger CO₂ löst als in kaltem. Eine Erwärmung führt zur „Ausgasung“ des CO₂ aus den Ozeanen in die Atmosphäre, deren CO₂-Konzentration sich dadurch erhöht.



Abbildung 5/4: Mittlere Sonnenfleckenanzahl von 1672 bis 1999 (nach Malberg 2013)

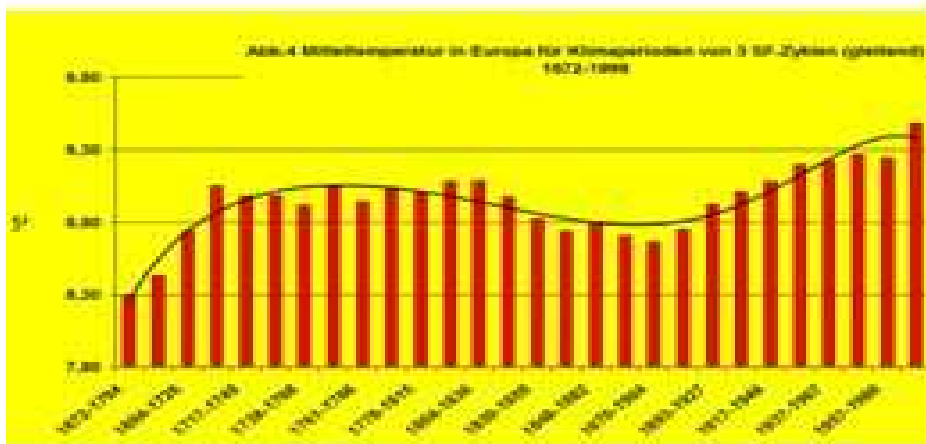


Abbildung 5/5: Mitteltemperatur in Europa von 1672 bis 1999 (nach Malberg 2013)

Abb. 2: Mittlere Sonnenfleckenanzahl (oben) und Mitteltemperatur in Europa (unten) von 1672 bis 1999 (nach Malberg 2013 (31)).

Zwischenfazit: CO₂ hat wegen seiner schwachen Heizwirkung und sehr niedrigen Konzentration keinen nachweisbaren, allenfalls einen sehr geringen Klimaeffekt. Auch für die heutige Erwärmung sind vorrangig natürliche Ursachen anzunehmen. **Der primäre Klimaantrieb kommt von der Sonne, deren Aktivität und Bestrahlungsstärke (entgegen der Behauptung von Rezo) seit 1700 deutlich zugenommen hat und in der 2. Hälfte des 20. Jh. im Maximum war und eine deutliche Korrelation zur Lufttemperatur aufweist (Abb. 2).** Berücksichtigt man die Wassermassen der Ozeane als mobile Wärmespeicher (90% der Energie sind dort gespeichert) und Kopplungselemente zum Klima der unteren Atmosphäre, lassen sich bestehende Unterschiede zwischen Solaraktivität und Globaltemperatur erklären (vgl. bei 5)).

4. Sind die Befürchtungen über vorrangig negative Folgen (Klimakatastrophe) berechtigt?

Derzeitig überwiegen zwar Schmelzprozesse, die aber schwächer sind als in römischer bzw. mittelalterlicher Zeit (Ausschmelzen von Baumstämmen (Zirben) aus zurückweichenden Gletschern in Österreich). Das Antarktis-Eis und die Gletscher in Alaska und Neuseeland wachsen (<http://nsidc.org/articseaicenews>). Die Himalajagletscher schmelzen langsamer als

vom IPCC vorausgesagt. Der Meeresspiegel steigt heute 2- 3 mm pro Jahr, also 20-30 cm in 100 Jahren, wahrscheinlich aber weniger. Es handelt sich um längerfristige Vorgänge, an die man sich anpassen kann. Nach Marotzke (34), einem der Leitautoren des IPCC-Berichtes 2013, würde selbst ein völliges Abschmelzen der Arktis nur einen Meeresspiegelanstieg von 7 m, verteilt auf ca. 3000 Jahre bedeuten. Eine Versauerung („Übersäuerung“) der Ozeane tritt nicht auf: Der pH-Wert sank (nicht signifikant) von 8,12 auf 8,08 und liegt daher nach wie vor im alkalischen Bereich (pH 7 ist neutral). Eine Absenkung ist auch nicht zu erwarten, da wärmeres Wasser weniger CO₂ (Kohlensäure) löst als kälteres.

Nach Aussagen des IPCC (IPCC 2013, AR5, WGI, Kapitel 2, Seite 220, pdf-Seite 236, IPCC 2013, AR5, WGI, Technical Summary, Seite 50, pdf-Seite 66) gibt es (abweichend zu Rezos Behauptungen) keine gesicherte Zunahmen bei den jährlichen Zahlen von tropischen und außertropischen Stürmen, Hurrikans und Stark-Hurrikans. Das gilt auch für Dürren und Trockenheit im globalen Maßstab. Das Artensterben ist laut IPCC) nicht von der Erwärmung abhängig. Die Biodiversität hatte keine signifikante Beziehung zur Erderwärmung. Auch die Eisbärenpopulation in Kanada ist entgegen aller Pressemeldungen von 5000 (1950) auf 25000 (2008) angewachsen, obwohl jährlich ca. 600 – 800 geschossen wurden (8, 11).

Nach Marotzke (34), einem Anhänger der AGW-Hypothese, **gibt es im Gegensatz zur Behauptung des Rezo-Videos keine belastbaren Anhaltspunkte**, dass bei (zeitweiliger) **Überschreitung des 1,5-Grad-Ziels** ein Kipppunkt erreicht wird, ab dem eine **irreversible Erwärmungspirale** eintritt.

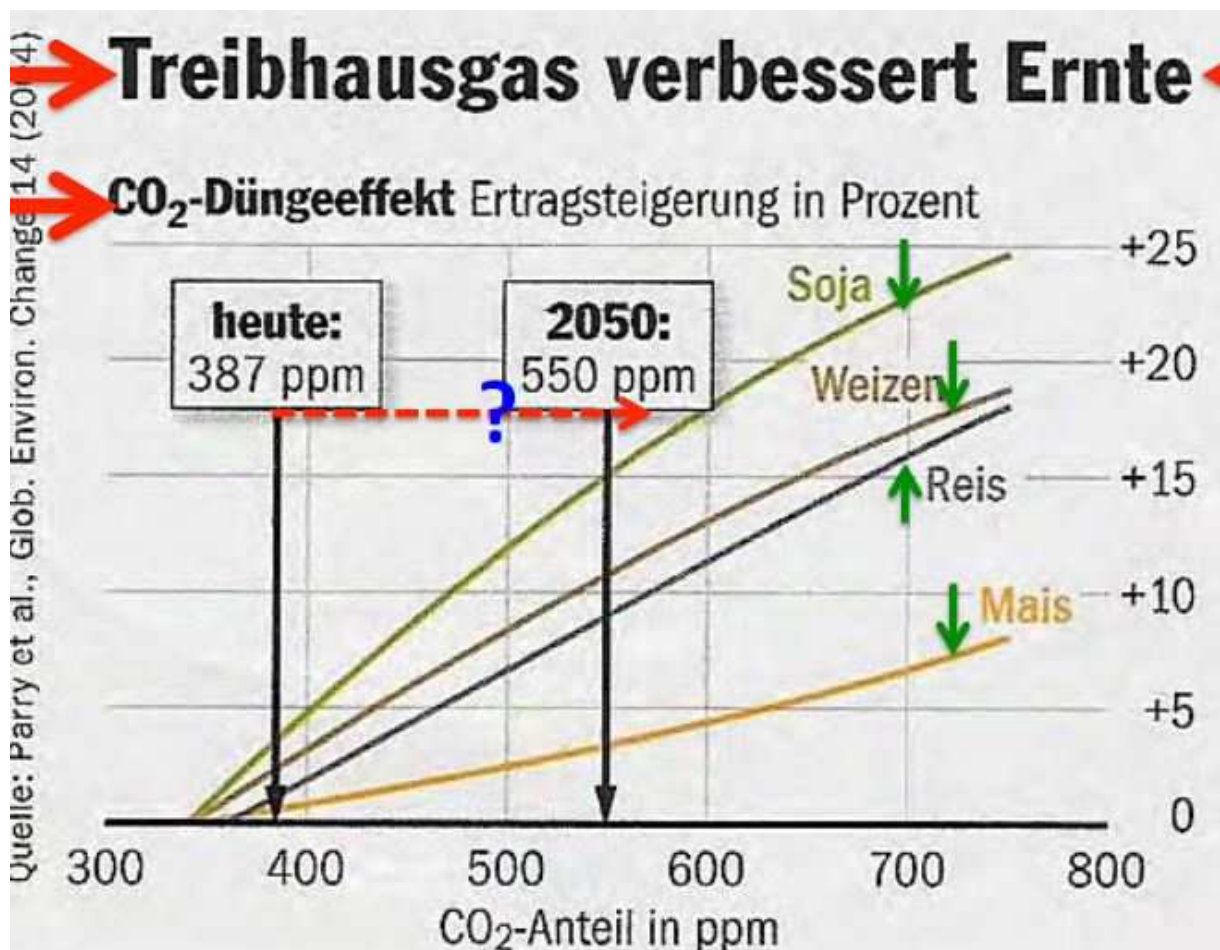


Abb. 3. Einfluss der CO₂-Konzentration auf den Ertrag (Parry et al. 2014)

Interessanterweise entwickelten sich in **Warmzeiten** die **menschlichen Hochkulturen** (vgl. Abb.1), weil für die Lebewelt gute Bedingungen herrschten (Acker- und Weinbau im Norden, z. B. Grönland = Grünland), grüne Sahara). Kältezeiten waren dagegen durch Ernteeinbußen, Hungersnöte, Kältetote, Epidemien und Völkerwanderungen geprägt. Auch in der gegenwärtigen Wärmeperiode lassen sich positive Effekte beobachten. Niederschläge und Pflanzenwachstum haben seit 1982 in Wüstengebieten (9, 12) und das Baumwachstum in Europa (10) zugenommen. Das ist auch verständlich, denn CO₂ liefert nicht nur den entscheidenden Baustoff für alle Lebewesen, sondern im Zuge der CO₂-Assimilation wird gleichzeitig die Sonnenenergie für die Lebensprozesse nutzbar gemacht. Die heutige atmosphärische CO₂-Konzentration (0,04 %) ist nicht optimal für das Pflanzenwachstum, sondern eher ein Gehalt von 0,1 %. Nach neueren weltweiten Versuchsauswertungen könnten **durch CO₂-Verdopplung bis zu 35 % höhere Ernten** erzielt werden (12, 18, siehe auch Abb. 3). Eine höhere CO₂-Konzentration könnte also die Nahrungsmittelproduktion fördern und den Hunger in der Welt mildern.

CO₂ ist also kein „Schmutzgas“, sondern zusammen **mit H₂O die Grundlage des irdischen Lebens**.

Zwischenfazit: Es gibt keine signifikanten Anzeichen für eine bevorstehende Klimakatastrophe mit verheerenden Folgen für die Menschheit und Ökosysteme. Selbst der letzte IPCC-Bericht AR5 (2013) räumt ein, dass zwischen der Erderwärmung einerseits und Artensterben, Biodiversität, Wetterextremereignissen u. a. keine verlässlichen Beziehungen bestehen. Die CO₂-Konzentrationserhöhung verursacht andererseits ein besseres Pflanzenwachstum (Düngeeffekt) und höhere Erträge und hat darum auch starke positive Wirkungen, die den Hunger in der Welt mildern könnten. Insgesamt ist die heutige Klimaerwärmung **kein planetarer Notstand**, sondern eine der (beherrschbaren) Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.

5. Ist ein sofortiger, radikaler Umstieg von fossilen zu regenerativen Energieträgern angemessen, realistisch und nachhaltig ?

Langfristig ist der Ausstieg aus der Verbrennung (und Verstromung) von fossilen Energieträgern (also auch der Braunkohle) zwar wünschenswert, weil fossile Rohstoffe noch lange Zeit für die stoffliche Verwertung benötigt werden und ihre Vorräte endlich sind. Nachwachsende Rohstoffe können die fossilen Träger bei der stofflichen Verwertung wegen ihrer Konkurrenz zur Nahrungs- und Futtermittelproduktion nicht ersetzen. Teile des Braunkohlebergbaus müssten deshalb für diesen Zweck auch weiterhin vorgehalten werden.

Ein sofortiger Umstieg von der Kohle und anderen fossilen Energieträgern auf regenerative Energieträger ist dennoch unrealistisch und nicht angemessen, und zwar aus folgenden Gründen:

a) Voraussetzung dafür sind ökonomisch und ökologisch nachhaltige Alternativen. Die gegenwärtig zur Verfügung stehenden und favorisierten erneuerbaren Energieträger (Wind, Fotovoltaik) sind dazu nicht geeignet, weil sie diskontinuierlich und nicht bedarfsgerecht anfallen, ökonomisch tragbare Speichermöglichkeiten großer Strommengen vorläufig nicht zur Verfügung stehen und ihr Anteil an der Primärenergieversorgung (also Strom, Wärme, Verkehr) derzeit nur 2,5% (Akademieprojekt Systeme der Zukunft, 2018, S.10) beträgt. Bis zu einem Anteil von 100% ist es also noch ein weiter Weg. Verschärft wird die Situation noch durch die beabsichtigte Forcierung der Elektromobilität. Wenn Wärme und Verkehr ebenfalls aus Strom erzeugt werden sollen, würde eine Dekarbonisierung von 90% bis 2050 (also sehr ein gemäßigter Ansatz) eine Erhöhung des Strombedarfs um 1150 Terrawattstunden erfor-

dern (25). „Die installierte Leistung an Windkraft und Fotovoltaik müsste in diesem Fall bei gleich bleibenden Energieverbrauch gegenüber heute versiebenfacht werden“ (Zitat aus der o. g. Akademiestudie). Es leuchtet deshalb ein, dass bei sofortigem Ausstieg aus der Kohleverstromung eine sichere Energieversorgung und erst recht die Grundlastfähigkeit nicht gegeben wäre. Deshalb sieht der Kohlebericht (Ausstieg 2038) ja auch einen Import von Erdgas vor (**also ebenfalls ein fossiler Brennstoff mit CO₂-Emission!**) Hinzu kommen die enormen Widerstände in der betroffenen Bevölkerung gegen den Stromtrassenbau zum regionalen Ausgleich der „Ökostrom“-Bereitstellung. Außerdem sind die Windräder keineswegs ökologisch nachhaltig, wenn man beispielsweise die durch sie verursachte enorme Vogel-, Fledermaus-, Insekten dezimierung (vgl. 35, 36) und den hohen Energiebedarf zur ihrer Herstellung betrachtet.

b) Wie oben gezeigt wurde, bestehen Zweifel an der Klimawirksamkeit des CO₂. Überdies fußt das AGW-Modell nicht auf plausiblen Ableitungen aus naturwissenschaftlichen Gesetzen und Resultaten. Eine reale Vorhersage des Klimas zu einem bestimmten Zeitpunkt ist daher nicht möglich, wie der IPCC 2001 selbst einräumte (Zitat): „Bei der Modellierung des Klimas sollten wir erkennen, dass wir es mit gekoppelten, nicht linearen, chaotischen Systemen zu tun haben und dass daher langfristige Voraussagen über das künftige Klima nicht möglich sind“. Entsprechend oft hat sich der IPCC in seinen Prognosen auch geirrt (33). Man denke z. B. an die berühmte Hockeyschlägerkurve (39), die später zurückgezogen werden musste.

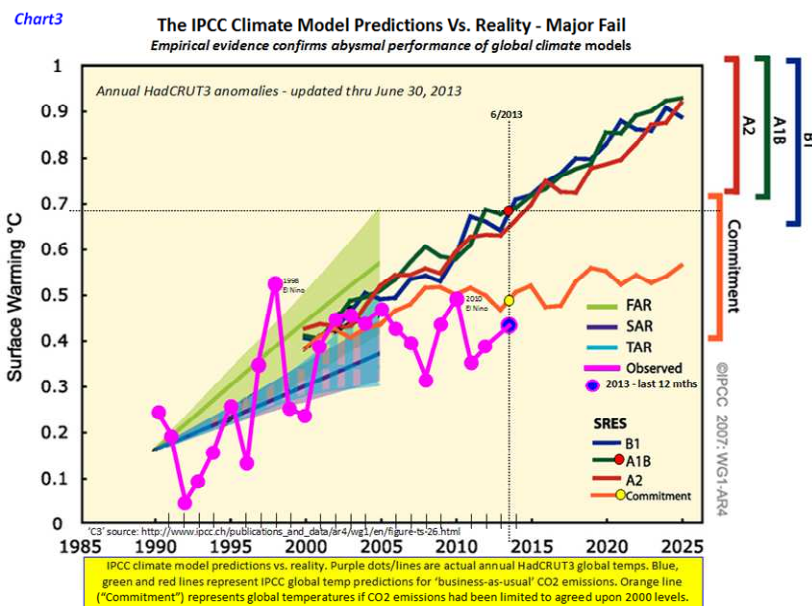


Abb. 4: Die Vorhersagen des IPCC (Berichte 1-4) für die Erwärmung der Erdoberfläche bis zum Jahr 2025 im Vergleich mit der tatsächlich gemessenen Erwärmung. Die blauen, grünen und rotbraunen Linien zeigen die voraussichtliche Entwicklung ohne wesentliche Begrenzung der CO₂-Emissionen lt. IPCC. Die orange Linie zeigt die Erwärmung unter der Voraussetzung, dass die CO₂-Emissionen auf den Stand von 2000 eingefroren werden (was aber bekanntlich nicht erfolgt ist). Die purpurfarbene Linie gibt die tatsächlich beobachtete Entwicklung bis 2013 wieder (Temperaturdaten von HadCRU).

Neuere Beispiele dafür sind die bisherige Unterschätzung der natürlichen Senkenfunktionen natürlicher Systeme für CO₂ (34) und die fehlerhafte Prognose des Temperaturanstiegs seit 2003. Aus Abb. 4 ist ersichtlich, dass die Globaltemperaturen trotz weltweit ungezügelter CO₂ – Anstiegs weit weniger anstieg, als aus den Modellrechnungen erwartet worden war (siehe untere, mit Punkten versehene violette, stark gezackte Linie). Das AGW-Modell vom anthropogenen Klimawandel spiegelt die Realität unzureichend wider und ist als **Handlungs-**

grundlage für politische Entscheidungen ungeeignet. Zumindest ist eine **grundsätzliche Überprüfung überfällig.**

c) Selbst, wenn man an die Klimasensivität des CO₂ glaubt, würde ein nationaler Alleingang Deutschlands den weltweiten CO₂-Ausstoß praktisch nicht senken, da derzeit global etwa 1600 Kohlekraftwerke neu gebaut bzw. geplant werden. Eine Senkung des CO₂-Ausstoßes in Deutschland um 100% - wie es *Friday for Future* vorschwebt- würde pro Jahr ca. 3 Md. € kosten und 800 Mio. t CO₂ vermeiden. Das entspricht der Menge CO₂, die China jährlich zusätzlich ausstößt (26). Vorher würde es jedoch - auch wegen der geforderten CO₂-Steuern (160 Md. Euro pro Jahr)- sehr wahrscheinlich zum Zusammenbruch der deutschen Industrie und Energieversorgung kommen (26).

d) Unter diesen Voraussetzungen würde der gleichzeitige Ausstieg aus der CO₂-freien Kernenergie und der Braunkohleverstromung die stabile Energieversorgung akut gefährden und die Strompreise stark ansteigen lassen. Energieintensive Unternehmen würden Deutschland verlassen. Die Versorgungslücken werden durch Stromimporte (auch Atomstrom) und/oder Gasimporte ausgeglichen werden müssen, was mit großen Belastungen/Gefährdungen (enorme Kosten für neue Gaskraftwerke, politische Abhängigkeit von instabilen Ländern, keine CO₂-Vermeidung) einhergeht. Insgesamt wird damit keine ökonomische oder ökologische Nachhaltigkeit erreicht. Überdies hat ein schneller Ausstieg aus der Braunkohleverstromung erhebliche Konsequenzen für die Wirtschaft. Er gefährdet hochwertige Industriearbeitsplätze im Bergbau, der Energiewirtschaft, der chemischen Industrie und in den damit verbundenen Bereichen des Mittelstandes und Handwerks und bedeutet einen massiven Strukturwandel und kann auch durch Infrastrukturförderung nicht ausgeglichen werden. Der im Rezo-Video als marginal empfundene Arbeitsplatzverlust von insgesamt 20000 zeugt von **ökonomischer Inkompetenz**, denn nach vorsichtigen Schätzungen werden für die Lausitz und das mitteldeutsche Revier (einschließlich der Folgebereiche) jeweils mindestens 40000 wegfallende Arbeitsplätze geschätzt. Nicht zuletzt wird der Energieumstieg enorme Kosten verursachen. Schon die Realisierung des Planes der Kohlekommission würde nach Hecking et al. (40) den Strompreis auf 0,52 € pro kWh verteuern. Folgt man *Fridays for future*, bis 2035 ausschließlich erneuerbare Energiequellen zu nutzen, so würde das 640 € pro Haushalt und Monat kosten, ohne dass global auch nur eine Tonne Kohlendioxid vermieden würde (25).

Zwischenfazit: Ein schneller Umstieg von fossilen auf erneuerbare Energiequellen würde enorme Kosten verursachen, die Industrie, Vollbeschäftigung und die Energieversorgung in Deutschland gefährden und hätte keinen messbaren Effekt auf Klima oder Umwelt. Die überstürzte Milliardenförderung diskontinuierlich anfallender erneuerbarer Energiequellen (Wind, Fotovoltaik) in Deutschland sollte überdacht werden (21), da sie weder ökonomisch nachhaltig ist noch weltweit Lösungen bringt. Sie ist auch nicht erforderlich, weil nach Angaben von Marotzke (34) (einer der Leitautoren des IPCC) die **natürlichen CO₂-Senken weitaus mehr speichern als gedacht, also das verbleibende CO₂-Budget für das 1,5 Grad-Ziel doppelt so hoch ist, wie man bisher glaubte.** Auch hier irrt sich Rezo. **Vielmehr muss dringend und vorrangig in die Forschung und Entwicklung neuartiger Stromerzeugungs- und Speicherungssysteme investiert werden, um so die Voraussetzungen für einen sozial, ökonomisch und ökologisch nachhaltigen Ausstieg aus fossilen Energieträgern zu schaffen.**

6. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Der **derzeitige Klimawandel** fußt auf natürlichen Ursachen, lässt sich durch den Menschen nicht verhindern und hat mit CO₂ wenig zu tun. Er stellt keinen planetaren Notstand dar, wohl aber eine (**lösbare**) **Herausforderung** für die Menschheit. Eine Verringerung der atmosphärischen CO₂-Konzentration ist nicht nur überflüssig, sondern auch sehr teuer (3, 12) und negativ für das Pflanzenwachstum. Sie sollte unterlassen werden. Die überstürzte Milliardenförderung diskontinuierlich anfallender erneuerbarer Energiequellen (Wind, Fotovoltaik) in Deutschland sollte überdacht werden (21), da sie weder ökonomisch nachhaltig ist, noch weltweit Lösungen bringt, wie auch folgendes Zitat von J. Hanson (Klimaberater von Al Gore) verdeutlicht (Zitat nach 3): „Wer glaubt, dass wir uns in den USA, in China, Indien oder auf der ganzen Welt dank erneuerbarer Energien kurzfristig von fossilen Brennstoffen verabschieden können, der glaubt auch an den Osterhasen und die Waldfee“. Statt ausufernder Subventionierung nicht ausgereifter Technologien sollte die **Erforschung/Entwicklung neuer Energiesysteme** (z. B. Stromspeicherung, Kernfusion, Brennstoffzellentechnologie) finanziell viel stärker gefördert werden (3). Notwendig ist die **Anpassung an die Folgen des Klimawandels** (z.B. durch Deiche, Wasserspeicher, Pflanzenzüchtung), wie selbst die Präambel des Pariser Klimaabkommens (2015) ansatzweise einräumt (20, 21). Dafür ist die **erfolgreiche ökonomische und soziale Entwicklung** vor allem der Entwicklungs- und Schwellenländer eine Grundvoraussetzung. Angesichts der stark wachsenden **Weltbevölkerung** ergeben sich daraus die **wirklich relevanten Handlungsfelder**: Sicherung erschwingbarer Nahrungs-, Strom- und Brennstoffversorgung, Zugang zu sauberem Trinkwasser, Seuchenbekämpfung, Gesundheitsbetreuung und Bildung (3). Statt das Geld für die „Dekarbonisierung“ zu verschwenden, sollte es für die Entwicklungshilfe (Hilfe zur Selbsthilfe) ausgegeben werden. Dadurch ließen sich die ökonomischen Grundlagen schaffen, die vor der Menschheit stehenden Probleme, von denen Klimawandel-Anpassung nur eines ist, in abgewogener Weise zu lösen.

Prof. Dr. Wolfgang Merbach ist Agrarwissenschaftler, war Dekan der Landwirtschaftlichen Fakultät der MLU Halle-Wittenberg und ist Mitglied im EAK-Bundesvorstand.

Quellenangaben

- (1) vgl. Sachstandsberichte AR 4 (2007) und AR 5 (2013/14) des IPCC
- (2) vgl. H. J. Schellnhuber: *Dann hausen wir in Mondstationen. Der Spiegel* 45/2015, 125-127
- (3) B. Lomborg: *Deutschlands gescheiterte Klimapolitik. FAZ* 15. 5. 2015
- (4) F. Vahrenholdt, S. Lüning: *Die kalte Sonne. Warum die Klimakatastrophe nicht stattfindet. Hoffmann u. Campe* 2012
- (5) K. P. Dahm, D. Laves, W. Merbach: *Der heutige Klimawandel. Eine kritische Analyse des Modells von der menschlich verursachten globalen Erwärmung. Verlag Dr. Köster, Berlin* 2015
- (6) <http://klimazwieback.wordpress.com/agw-these> AGW-These unter der Lupe.
- (7) <http://nsidc.org/arcticseaicenews> (National Snow and Ice Data Center der USA)
- (8) G. Ganteför: *Klima- Der Weltuntergang findet nicht statt. Wiley VCH Weinheim* 2012
- (9) R. J. Donohue: *Geophysical Res. Letters* 40 (2013), 1-5, doi: 10.1002/grl.50563
- (10) H. Pretsch et al.: *Nat. Comm.* 5: 4967, doi:10.1038/ncomms/5967 (2014)
- (11) B. Lomborg: *Cool it. Warum wir trotz Klimawandels einen kühlen Kopf behalten sollten. Dt. Verlagsanstalt* 2008
- (12) O. Opitz, C. Pantle: *Gipfel des Klimawahns. Fokus* 49/2015, 36-38
- (13) M. Krüger: *Ein Exkurs zur aktuell gemessenen Klimasensitivität und absoluten Globaltemperatur. www.science-skeptical.de*
- (14) R. S. Lindzen, Y. S. Choi: *Asia-pacific J. Atmosph. Sci.* 4 (2011), 377-390
- (15) vgl. z. B. D. Archibald (2010) bzw. W. Eschenbach (2006), zit. in [hppt:// klimazwieback.wordpress.com/agw-these](http://klimazwieback.wordpress.com/agw-these) (Anhang)
- (16) O. Humlun, K. Stordahl, J. E. Solheim: *Global Planetary Change* 100 (2013), 51-69

- (17) E. Monnin et al: *Science* 29 (2001), 112-114
- (18) L. H. Ziska, J. A. Bunce: *New Phytol.* 175 (2007), 607-618, und L. Wang et al.: *Agric. Ecosyst. Environment* 178 (2013), 57- 63
- (19) F. K. Ewert: *Inventur nach Kopenhagen: Bad Triburg 2009, unveröffentlicht*
- (20) Heller, P: *Realpolitik statt Utopien: Das Pariser Klimaabkommen.* www.science-skeptical.de 21. 12. 2015
- (21) M. Miersch: *Abkühlung beim Klimarat. Fokus* 15/2014, 94
- (22) K. E. Trenberth, J. T. Fassulo, J. Kiehl: *Bull. Am. Meteor. Soc.* 90 (2009), 311-323
- (23) *EKD-Studie 2015*
- (24) Rezzo: *Die Zerstörung der CDU, Video Youtube* 2019
- (25) F. Vahrenhold, *Weltwoche* 20 (2019)
- (26) *Klarsicht-Information für politische Entscheidungsträger Nr. 1 (Juni 2019)*
- (27) *Der 97-Prozent-Mythos, Weltwoche* 21. 3. 2019
- (28) *Bild* 25. 10. 2018
- (29) Kehl, H. (2008): *Das zyklische Auftreten von Optima und Pessima im Holozän.* <http://lv-twk-oekosyst.tu-berlin.de>
- (30) Schönwiese, D. E. (1995): *Klimaänderungen, Springer Berlin, Heidelberg*
- (31) Mahlberg, H.(2013), <http://www.kaltesonne.de/fakten-zum-klimawandel-seit-der-kleinen-eiszeit>
- (32) Parry et al., *Glob. Environm. Changes* 14 (2014)
- (33) Kirchstein, W.: *Ist der Klimawandel menschengemacht?* <http://ruhrkultour.de/ist-der-klimawandel-menschengemacht-ganz-klar-nein-sagen-wissenschaftler/Youtube> 24. 6. 2016
- (34) Marotzke, J.: *Galgenfrist verlängert. Spiegel* 6. 10.2018, S.111
- (35) Trieb, F. et al: *Energiewirtschaftliche Tagesfragen* 68 (2018) Heft 11
- (36) Schulze, E., Merbach, W.: *Nachhaltige Landwirtschaft mit technischem Fortschritt, Verlag Dr. Köster Berlin 2018*
- (37) W. Weimer: *Schöpfung bewahren-unideologisch. Pro/Christliches Medienmagazin* 4/2015, S.21
- (38) K. P. Dahm: *Vom Klimawandel zur Energiewende, Verlag Dr. Köster Berlin 2016*
- (39) H. E. Mann: *Northern hemisphere temperatures during past millennium. Geophysical Res. Letters* 26, 759-762 (1999)
- (40) H. Hecking et al.: *Ewi - Energy Research Scenarios GmbH*, 9. 5. 2016
- (41) *Enquete_Kommission des Deutschen Bundestages (Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre 1990, Seite 131, ferner auch Bundesumweltamt)*

Entwicklung von Niederschlagsmengen am Beispiel der Region Vorharz (am Sitz des Verbandes) des Landes Sachsen – Anhalt

Die Frage der Veränderungen der Niederschlagsmengen sowie Temperaturwerte wird sehr stark in den letzten Monaten und Jahren diskutiert. Grund dafür ist unter anderem der besonders trockene und warme Sommer sowie Herbst 2018. Die Folgen sind bis heute in einzelnen Regionen spürbar. Es lassen sich aber einzelne Wetterextreme wie die letzte Dürre nicht auf den Klimawandel zurückführen. Jahresbedingte Schwankungen sind immer vorhanden gewesen.



Anne-Kathrin Schmalenberg

Dass es immer wärmer wird, gilt als weitgehend abgesichert. Seit 1880 hat sich die Erde mindestens um ein Grad erwärmt und wird sich weiter erwärmen. Dieses gilt auch für Deutschland. Wie es sich für Deutschland weiter entwickelt, ob es trockener und wärmer wird, berechnen Forscher mit Klimamodellen, in denen sie Annahmen treffen, wie zum Beispiel, wie sich die Emission von Treibhausgasen entwickelt. Diese Klima-projektionen beschreiben mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit eine mögliche Zukunft. Sie sind aber keine eindeutigen Vorhersagen.

Im Rahmen der vorherrschenden Diskussionen war es von Interesse die Wetterentwicklung eines Standortes im Umland von Quedlinburg genauer zu betrachten. Die durchgeführten Auswertungen des Standortes beruhen auf einen Zeitraum von 1948 bis 2018. Eine weiterführende Analyse der Niederschlags- und Temperaturdaten vom Standort Quedlinburg war mit Hilfe der Wetterdaten des Deutschen Wetterdienstes ab 1887 bis 2018 möglich.

Die Analyse der Vorharzstandorte ist von Interesse, da diese Region als Musterbeispiel für zwei vorherrschende Wetterlagen prädestiniert ist.

Bei der Wetterrichtung Nordost bleiben die aufziehenden Niederschläge am Brocken hängen, sodass sich die Niederschläge an der östlichen Seite des Harzes halten und somit sich der Luv-effekt des Gebirges beobachten lässt. Der Standort besitzt zu diesem Zeitpunkt eine erhöhte Niederschlagsmenge. Die Wetterrichtung Südwest hingegen sorgt für eine Regenschattenfunktion des Harzes, da dieser sich in der Leeseite des Gebirges, d.h. der strömungsabgewandten Seite, befindet. Das aufziehende Wetter bleibt an der westlichen Seite des Brockens hängen. Bei beiden Wetterlagen stellt der Brocken eine natürliche Barriere dar.

Eine Standortauswertung, in der Nähe von Quedlinburg, auf Grundlage von Wetterdatenaufzeichnungen der LPG, privater Unterlagen sowie digitaler Erfassung von Niederschlagsmengen erfolgte für den Zeitraum 1948 bis 2018.

Daraus lässt sich ableiten, dass bei der **Auswertung der Wetterdaten nach Jahren** eine **jährliche Niederschlagszunahme von 0,3 mm** nahe Quedlinburg festzustellen ist. Die **Auswertung nach Monaten** zeigt, dass **monatsabhängige Zu- oder Abnahme der Niederschläge** vorhanden sind.

Im Rahmen der Auswertung erfolgte eine erweiterte Wetterdatenauswertung auf den Standort Quedlinburg. Die hier vorliegenden Wetterdaten konnten von der OpenData Seite des Deutschen Wetterdienstes (DWD) genutzt werden. Eine amtliche flächendeckende Wetteraufzeichnung in Deutschland ist erst ab 1948 erfolgt. Für den Standort Quedlinburg liegen hingegen seit dem Jahr 1887 Wetterdaten (Daten des Wetterdienstes und private Aufzeichnungen der Saatzuchtfirmen) vor. Aus diesem Grunde war die Niederschlags- sowie Temperatureauswertung von besonderem Interesse.

Bei der statistischen Auswertung des Standortes im Umland von Quedlinburg sowie des Standortes Quedlinburg zeigt das, dass das lineare Regressionsmodell die beste Anpassung zeigt. Weiterhin lassen sich mittels Autokorrelation oder Fourier Transformation keine jahresbedingten Zyklen signifikant nachweisen. **Es sind keine Regelmäßigkeiten zu erkennen.**

In Abbildung 1 werden die Niederschlagssummen (mm) sowie die Temperaturmittelwerte (°C) der jeweiligen Jahre mit den entsprechenden Regressionslinien (Trendlinie) dargestellt. Es lässt sich erkennen, dass die **Temperatur mathematisch jedes Jahr um 0,0104 Grad steigt**, was sich in einer Temperatursteigerung von 1,36 Grad seit 1887 widerspiegelt. Laut DWD ist um rund eineinhalb Grad Celsius der langjährige Temperaturdurchschnitt seit 1881 in Deutschland gestiegen.

Nach dem deutschen Deutschen Wetterdienst vor allem im Winter wird es wärmer (siehe Abbildung 3). Es gibt zum Beispiel weniger Schneetage sowie eine Vegetationsruhe ist vermindert zu erkennen. Die Vegetation, wie zum Beispiel Blühbeginn, setzt inzwischen zwei bis drei Wochen früher ein. Der Langzeittrend zeigt deutlich nach oben, allerdings verläuft die Entwicklung nicht stetig. Auf wärmere Jahre folgten auch immer wieder weniger warme oder kühlere Jahre. Mit einer Jahresdurchschnittstemperatur für den Standort Quedlinburg von 11,2 °C Grad markiert das Jahr 2018 einen Höhepunkt und ist 1,9 Grad wärmer als das langjährige Mittel.

Der Niederschlag hingegen hat mathematisch jedes Jahr um 0,5638 mm abgenommen, daraus ergibt sich eine theoretische Abnahme der Niederschlagsmenge innerhalb von 131 Jahren um 73,8 mm schließen. Bei genauer Betrachtung der Niederschlagsmengen zeigt sich im Zeitraum 1985 bis 1989 eine drastische Niederschlagsabnahme. Der Vergleich zwischen den Wetterdaten Quedlinburg und dem Standort im Umland zeigt, dass im Mittel 393 mm fehlen. Da die Datenerfassung am Standort Quedlinburg u.a. auch ehrenamtlich erfolgt sowie zeitweise keine Besetzung des Standortes vorhanden war, müssen diese Werte außer Betracht gelassen werden. Nach erneuter Verrechnung ergibt sich eine jährliche Verringerung von 0,2962 mm, welches zu einer **Abnahme der Niederschlagsmenge innerhalb von 131 Jahren von 38,82 mm** führt.

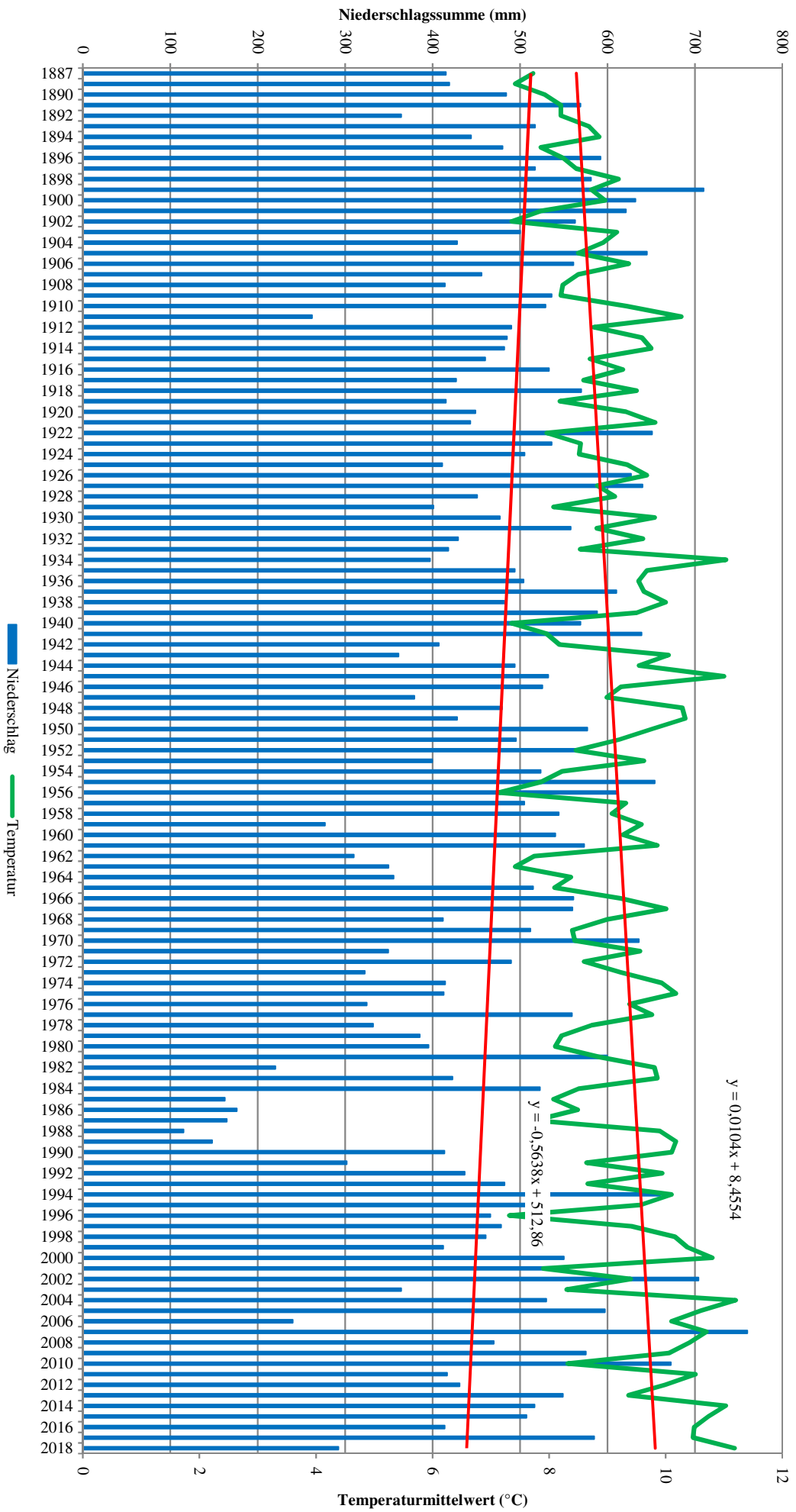


Abbildung 1: Jahresauswertung der Niederschlagssumme (mm) sowie Temperaturmittelwert (°C) im Zeitraum 1887 bis 2018 mit entsprechenden Regressionslinien

Die Auswertung der Monatsniederschläge im Mittel über die Jahre mit der entsprechenden Standardabweichung zeigt (Abbildung 2), dass die Monate Mai, Juli und August die höchste Niederschlagssumme aufweisen, aber auch die größten Schwankungen innerhalb des Monats. Sie weisen aber auch relativ gesehen die sichersten Niederschläge auf. Die größten Streuungen absolut und relativ gesehen zeigt der Monat Juli.

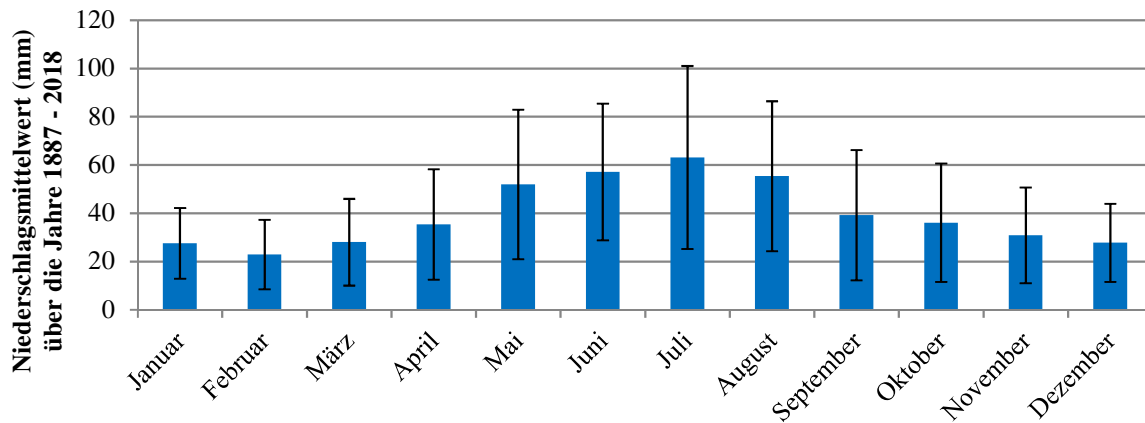


Abbildung 2: Darstellung der Niederschlagsmittelwerte (mm) mit entsprechender Standardabweichung über die Jahre 1887 bis 2018

Die weitere Auswertung der Temperatur der einzelnen Monate im Mittel über die Jahre mit der entsprechenden Standardabweichung (Abbildung 3) zeigt auf, dass die Monate Januar, Februar, März, November sowie Dezember die höchsten Schwankungen besitzen. Diese Schwankungen sind den jahresbedingten Verhältnissen geschuldet. Die Standardabweichung der restlichen Monate weicht geringfügig voneinander ab.

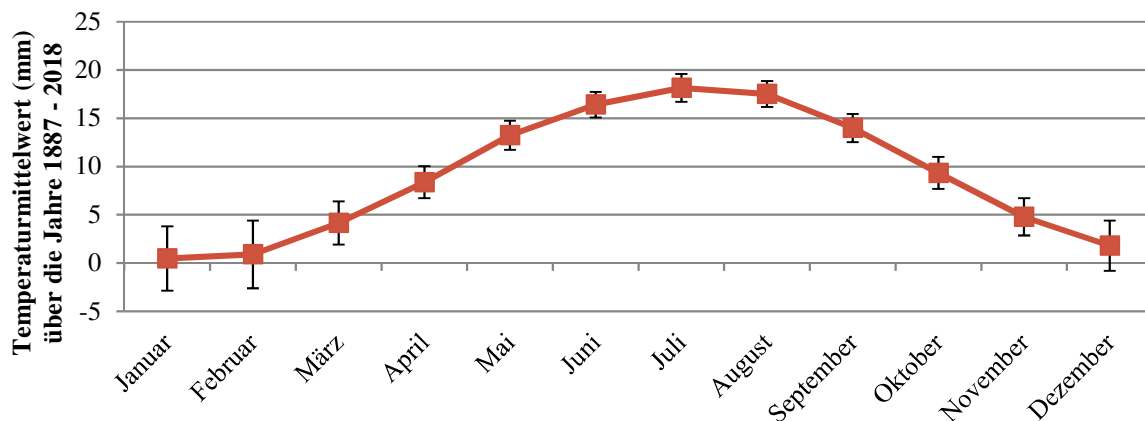


Abbildung 3: Darstellung der Temperaturmittelwerte (°C) mit entsprechender Standardabweichung über die Jahre 1887 bis 2018

Zusammenfassend zeigt die Wetterdatenanalyse, dass Schwankungen zwischen den Jahren als auch innerhalb der Monate vorhanden sind. Wegen der typischen Schwankungen des Wetters wird es immer wärmere und kühlere sowie feuchtere und trockenere Jahre geben. Welche Verhältnisse es geben wird, bleibt abzuwarten.

Die ausführliche Analyse mit allen Daten liegt bei uns in der Geschäftsstelle vor und kann gern angefordert werden. Außerdem finden Sie die Präsentation auf unserer Internetseite unter www.bauernbund.de

Wer Leugner ist, bestimme ich

Meinungsmanipulation bei Wikipedia: Geht es um klimarelevante Beiträge, wacht ein grüner Vollzeit-Aktivist über die korrekte Schlagseite der Artikel

Hinrich Rohbohm

Von Albert Einstein stammt das Bonmot: „Wissen heißt wissen, wo es geschrieben steht.“ Eigentlich eine Binsenweisheit. Wer Näheres über einen Begriff, einen Sachverhalt oder etwa über eine Organisation in Erfahrung bringen möchte, der griff in Zeiten von Einstein zu einem entsprechenden Nachschlagewerk, einem Lexikon. Die Wahrscheinlichkeit war hoch, daß der Suchende fündig wurde. Er bekam eine Definition geliefert und wußte, daß sie von den Autoren des Nachschlagewerkes stammte und er sich auf dessen Ausgabe beziehen konnte.

Heute, im Zeitalter des Online-Lexikons Wikipedia, ist das eigentlich nicht anders. Die Wahrscheinlichkeit, beim gewünschten Begriff fündig zu werden, ist sogar noch höher, ihr Schlagwortregister gegenüber herkömmlichen Lexika weitaus umfassender. Doch nun ist es zumeist eine Vielzahl gewöhnlich unbekannt und unentgeltlich agierender Autoren im Netz, die einen Begriff definieren.

Was sich bei Fragen nach dem höchsten Berg der Welt, der Hauptstadt von Nicaragua oder dem Geburtsdatum des amtierenden US-Präsidenten bei Wikipedia als nützlich erweist, wirft bei politisch umstrittenen Begriffen Zweifel auf. Denn jenseits klarer Fakten, bei ideologisch aufgeladenen Debatten, politisch umkämpften Fragen, bei denen es um die Deutungshoheit über Begriffe geht, wird Wikipedia schnell zur Propagandawaffe.

Eine Waffe, die offenbar besonders in der Klimapolitik zum Einsatz kommt. Wer auf der deutschen Wikipedia Begriffe wie „Energiewende“ oder „Klimaleugner“ aufruft, erhält eine zutiefst einseitige Definition, die weitestgehend mit den Forderungen und Vorstellungen ökologischer NGOs, der Partei der Grünen sowie der „Fridays for Future“-Bewegung (FFF) übereinstimmt.

So gilt dort schon das Anzweifeln und Infragestellen der Aussagen des sogenannten Weltklimarates (IPCC) als „Leugnung“. Denn laut Wikipedia-Eintrag gebe es seit Mitte der neunziger Jahre „keinen Grund mehr für eine echte wissenschaftliche Debatte über die Aussage, daß der Mensch das Klima verändert“ habe. Ähnlich absolute Gewißheiten enthalten auch die Einträge zur sogenannten Energiewende und zum Europäischen Institut für Klima und Energie (Eike).

Das Eike verkündet als Slogan auf seiner Internetseite: „Nicht das Klima ist bedroht, sondern unsere Freiheit“. Ein Satz, mit dem man vor allem auf steigende Abgaben, auf zunehmende Verbote und Einschnitte in die Freiheitsrechte im Namen des Klimaschutzes aufmerksam machen möchte. Vor allem vertritt das Eike mit Sitz in Jena eine Gegenposition zur FFF-Bewegung und den Grünen, die stets betonen, daß ohne Verbote und Abgaben eine Klimakatastrophe nicht abgewendet werden könne.

Vielschreiber Andol verweist als Beleg auf eigene Quellen

Wer den Wikipedia-Eintrag über das Institut liest, dürfte schnell den Eindruck erhalten, daß es sich hier um einen sektenartig agierenden Verein von Fanatikern handeln müsse. „Von unabhängigen Stimmen aus Wissenschaft und Presse wird er als Zentrum der politisch aktiven und organisierten

Klimaleugner-Szene in Deutschland beschrieben“, heißt es da. Der Verein täusche „Wissenschaftlichkeit“ vor und verbreite „gezielt Desinformationen“.

Eine Quelle für diese Behauptungen nennt der Artikel nicht. Hauptautor ist eine Person mit dem Pseudonym „Andol“. Ein Deckname, hinter dem sich der Aktivist Andreas Lieb aus dem unterfränkischen Großostheim verbirgt, wie die Schweizer Weltwoche jüngst herausgefunden hatte. Lieb ist nicht nur Wikipedia-Hauptautor über Eike. Ein Artikel, über den er mit Argusaugen wacht: Die letzte Änderung eines Autors am Text machte „Andol“ am Montag um 17.40 Uhr nach nur vier Minuten rückgängig. Andere Wikipedia-Artikel zu den Begriffen „Klimaleugner“, „Energiewende“ oder „Einspeisevergütung“ stammen fast ausschließlich von ihm. Der Artikel zu „Windenergie“ stammt immerhin zu 53,6 Prozent von ihm. Und nicht nur das. Sogar die in den Artikeln von ihm angegebenen Quellen sind offenbar frisiert. Denn auch sie wurden fast ausschließlich von ihm selbst kreiert.

Eine Herkules-Aufgabe, die Zeit erfordert. Sehr viel Zeit. Die Weltwoche hatte herausgefunden, daß „Andol“ erstmals 2011 auf Wikipedia aktiv geworden ist. In einer Benutzer-Diskussion bezeichnet sich Andol selbst als einen von „mehreren langjährigen und erfahrenen Wikipedia-Autoren“. Seitdem habe er 180 eigene Artikel verfaßt, mehr als 20.000 Bearbeitungen an bestehenden Einträgen vorgenommen. Demnach logge er sich täglich um 13 Uhr bei Wikipedia ein, arbeite bis 17 Uhr, um nach einer Pause bis Mitternacht weiter aktiv zu sein. Nicht selten auch bis weit in die frühen Morgenstunden hinein, wie die Versionsgeschichten der Artikel zeigen.

Eine Vollzeit-Beschäftigung. Doch Wikipedia zahlt Autoren auf seiner Plattform kein Gehalt, die Arbeit ist freiwillig und unentgeltlich. Oder etwa doch nicht? Wer macht so etwas?

Einer von ihnen ist der britische Informatiker und Blogger William Conolley, der bis 2007 beim British Antarctic Survey als Klimamodellierer beschäftigt war und für die Grüne Partei dem Gemeinderat von Coton in der Nähe von Cambridge angehört hatte. Sein Agieren auf Wikipedia ähnelt verblüffend genau jenem von Andreas Lieb.

Conolley arbeitete auch für RealClimate, ein Weblog, das sich auf die „globale Erderwärmung“ spezialisiert hat. Die dort tätigen selbsternannten Klimaforscher sind keine Unbekannten. Zu ihnen gehört unter anderem Stefan Rahmstorf, einer der Leitautoren des 2007 veröffentlichten Vierten Sachstandsberichtes des Weltklimarates. Rahmstorf ist heute am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) tätig, das inzwischen zu Europas einflußreichsten Thinktanks zählt.

Langjähriger Leiter des PIK war der kürzlich in den Ruhestand verabschiedete Hans Joachim Schellnhuber. Bundeskanzlerin Angela Merkel persönlich hatte ihn zum Chefberater der Bundesregierung in Klimafragen ernannt. Doch Schellnhuber berät mit seinem Institut nicht nur die Bundeskanzlerin. Auch die EU-Kommission sowie Papst Franziskus hören auf seinen Rat.

Umtriebige Engagement in umweltrelevanten Bereichen

Wie Schellnhuber beriet auch Rahmstorf die Bundesregierung. Von 2004 bis 2013 gehörte er wie Schellnhuber dem „Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen“ (WBGU) an. Beim RealClimate-Blog gehört er zu den Mitgründern. Ein Blog, der inzwischen mit Meriten überhäuft wurde. Das Time Magazine zählte es zu den 15 besten Umweltseiten, die Fachzeitschrift Nature erhob es zu den Top 5 der Wissenschaftsblogs.

Ein Blog, der sich rühmt, vollkommen unentgeltlich zu arbeiten. Als Provider von dessen Internetauftritt tritt jedoch die Nichtregierungsorganisation Environmental Media Services (EMS) auf. Ge-

gründet wurde EMS von dem ehemaligen Journalisten Arlie Schardt. Im Jahre 2000 fungierte Schardt noch als Kommunikationschef für Al Gores Präsidentschaftskampagne. EMS hat sich auf die Koordinierung der Medienaktivitäten von Umweltgruppen spezialisiert, sorgt damit für deren Professionalität.

Hinter EMS wiederum verbirgt sich eine Abteilung der PR-Agentur Fenton Communications in den USA. Die Agentur hat sich auf die Betreuung von Nichtregierungsorganisationen spezialisiert. Zu ihren größten Auftraggebern zählen Greenpeace sowie die amerikanische MoveOn-Bewegung, die in den USA linke Politiker unterstützt. Das dem Washingtoner Hudson Institute angehörende Center for Global Food Issues hatte der Agentur unter anderem Panikmache im Interesse der Ziele ihrer Öko-Klienten vorgeworfen. Jene Panik, die beispielsweise „Fridays for Future“ benötigt, um junge idealistische Klimaretter auf die Straßen zu bringen.

Der Agentur-Gründer David Fenton entstammt in den USA der linksradikalen Szene der spätsechziger Jahre, wirkte in der linken Untergrund-Presse, bei den Anti-Vietnam-Kriegsprotesten sowie bei der Anti-Atomkraft-Bewegung. 2009 wurde seine Agentur von der Wikimedia Foundation im Rahmen eines 250.000-Dollar-Projektes damit beauftragt, Image und Glaubwürdigkeit der im Besitz der Foundation befindlichen Wikipedia-Enzyklopädie zu erhöhen. War William Conolley möglicherweise ein Schreiberling, der von der Fenton-Agentur finanziert wurde?

Wie Andreas Lieb agierte er wie in einer Vollzeitstelle, wie Lieb engagierte er sich für die Grünen, betrieb wie er auf Wikipedia massive Meinungsmanipulationen bei klimabezogenen Artikeln. Manipulationen, die Conolley offenbar so weit auf die Spitze getrieben hatte, daß ihm seine Administrator-Funktion bei Wikipedia entzogen wurde.

Ist Andreas Lieb sein deutsches Pendant? Anwohner in Großostheim beschreiben ihn als etwas introvertiert, aus einem bürgerlichen Umfeld stammend. Seine Eltern gelten in dem 16.000 Einwohner zählenden Ort als fest verankert. Er selbst lebt im Ortsteil Pflaumheim und engagiert sich im Vorstand der Bürgerenergie Bachgau für regenerative Energien, einer Energiegenossenschaft, wie es sie im Freistaat Hunderte gibt. Im März 2013 war der damalige Student unter den Mitgründern der Bürgerenergie Bachgau und wurde in den Aufsichtsrat gewählt. Deren Ziel: der grüne Umbau der örtlichen Energieversorgung. Bei der Hauptversammlung im Mai 2016 rückte er in den Vorstand der Genossenschaft auf. Die Neuwahlen des Genossenschaftsvorstands Mitte Mai 2019 bestätigten ihn im Amt.

Für die Junge Liste Bachgau (JLB) bewarb Lieb sich im März 2014 um einen Sitz im Gemeinderat – mit nur 695 Stimmen allerdings erfolglos und weit abgeschlagen. Zusammen mit der Jungen Liste, dem Grünen-Kreisverband Aschaffenburg sowie dem BUND organisierte er im Dezember 2018 eine Klimademonstration, bei der er als Redner auftrat.

Dieselbe Junge Liste wünschte der Genossenschaft zu deren Gründung „viel Erfolg“. Sie stünde „fest“ hinter deren Zielen und werde sie „tatkräftig unterstützen“. Gratuliert Andreas Lieb sich demnach mittelbar selbst? Wie „Andol“ bei Wikipedia sich selbst zitiert?

Der BUND und die Grüne Jugend fungieren übrigens auch als Hauptakteure von „Fridays for Future“. Jener Bewegung, bei der ebenfalls der Verdacht im Raum steht, sie werde von der dem Club of Rome nahestehenden Nichtregierungsorganisation Plant for the Planet-Foundation finanziert (JF 20/19).

Nicht so idealistisch wie es scheint

Grünes Geschäftsmodell: Wer sind die Hintermänner von Deutschlands führenden Klimaaktivisten? – Teil 2

Hinrich Rohbohm

Ist der Wikipedia-Schreiber Andreas Lieb nur die Spitze des Eisbergs einer weitaus größer angelegten PR-Kampagne für die Klimaschutz-Ideologie? Auffällig ist, daß vor allem Schüler und Studenten als sogenannte Klima-Aktivisten in Erscheinung treten. Jung, unschuldig, idealistisch. Das kommt an. Nicht erst seit Greta Thunberg bedienen sich selbsternannte Klimaschutz-Organisationen der Stimme der Jüngsten, um statt Eisbergen die Herzen der Menschen für ihre Ideologie zum Schmelzen zu bringen.

Das war schon 1992 so, als die damals gerade einmal zwölf Jahre alte Kanadierin Severn Cullis-Suzuki mit einer Rede auf der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung in den Medien weltweit für Aufsehen sorgte. Diese als „Erdgipfel“ bezeichnete Konferenz kann als Startpunkt für den Aufstieg der zahlreichen internationalen Umweltorganisationen bezeichnet werden. 2.400 NGOs nahmen an der Rio-Konferenz teil und legten mit Agenda 21, Klimarahmenkonvention und Biodiversitätskonvention die Grundlagen für die heutige politische, gesellschaftliche und mediale Durchdringung der Klima-Ideologie in den westlichen Industriestaaten. Vor allem in Deutschland.

In Rio hielt Cullis-Suzuki eine sechsminütige Rede, mit der sie die Welt beeindruckte. Die Medien überschlugen sich mit Superlativen. Und Cullis-Suzuki ging als „Mädchen, das die Welt zum Schweigen brachte“, in die Geschichte ein. Schon mit neun Jahren gründete sie an ihrer Grundschule den Umwelt-Club Environmental Children's Organization (ECO), der Spenden sammelte, um an der Rio-Konferenz teilnehmen zu können. Eine rührende Geschichte. Eine, die jedoch ohne die Hilfe einflußreicher Erwachsener wohl kaum zu realisieren gewesen wäre.

Argumentative Schulung für zukünftige Klimaführer

Etwa durch Severns Vater David Suzuki, einen sogenannten Umweltaktivisten und Genetik-Professor, der als Radio- und Fernsehmoderator des Magazins „The Nature of Things“ bereits zu größerer Bekanntheit gelangt war und schon in den achtziger Jahren als Direktor der kanadischen Bürgerrechtsbewegung „Civil Liberties Association“ in Erscheinung trat. Zwei Jahre vor dem Rio-Gipfel gründete er die sich für Klimaschutz, Nachhaltigkeit und erneuerbare Energien einsetzende David Suzuki Foundation. Eine Organisation, die inzwischen mit der von Al Gore ins Leben gerufenen NGO Climate Reality zusammenarbeitet.

Bei Climate Reality handelt es sich um eine Nachfolgeorganisation der 2006 ebenfalls von Al Gore gegründeten Alliance for Climate Protection, die mit mehr als fünf Millionen Mitgliedern als eine der weltweit größten Non-Profit-Organisationen überhaupt galt. Zu ihren Förderern zählte unter anderem der einstige eBay-Chef Jeff Skoll, der zwei Jahre zuvor die Filmproduktionsgesellschaft Participant Media gegründet hatte.

Ein Unternehmen, das sich auf die Produktion von Umweltfilmen spezialisiert hatte und auch Al Gores Klimafilm „Eine Unbequeme Wahrheit“ produzierte. Ein weiterer Förderer der Organisation war John Doerr, ein Risikokapital-Manager der im Silicon Valley beheimateten Firma Kleiner Perkins Caufield & Byers (KPCB). Das Unternehmen hatte unter anderem den Aufstieg der Internetgiganten Google und Amazon mitfinanziert.

Ein weiterer Geschäftszweig von KPCB sind Investitionen in den Bereich „Greentech“, in dem alternative Energien und Umwelttechnologien entwickelt werden. Doerr arbeitet hier nicht nur mit Al Gore, sondern auch mit dem ehemaligen Außenminister Colin Powell zusammen. Sind die selbsternannten Klima-Aktivisten etwa lediglich Teil eines Geschäftsmodells, bei dem es darum geht, neue Umwelttechnologien salonfähig zu machen?

Unter anderem bildet Climate Reality sogenannte Klimaführer aus, die die Aufgabe haben, das Thema in Politik, Medien und Gesellschaft stärker zu verankern. Zwischen dem 26. und 28. Juni vorigen Jahres fand in Berlin ein sogenanntes Climate Reality Leadership Corps Activist Training statt. Angeleitet von keinem Geringeren als dem einstigen US-Vizepräsidenten und Friedensnobelpreisträger Al Gore persönlich.

Die Teilnehmer solcher Trainings sollen in ihrer jeweiligen Region Führungsrollen beim Klimaschutz übernehmen und zum Handeln gegen eine bevorstehende Klimakrise aufrufen. Sie sollen diesbezüglich soziale Netzwerke aktivieren, für Stellungnahmen in der Presse zur Verfügung stehen sowie die Forderung nach einer CO₂-Steuer und einen Emissionsrechtehandel voranbringen. Auch für die Auseinandersetzung mit Kritikern der Klima-Ideologie werden sie trainiert.

Als Grundlage für die Ausbildung zum Klimaführer dient Gore sein Film „Eine unbequeme Wahrheit“, dessen Inhalte über den „menschengemachten Klimawandel“ seine „Schüler“ in ihren jeweiligen Ländern weiter verbreiten sollen. Vor allem an Schulen gehört der Film nicht selten zum Unterrichtsstoff. Für die spätere „Fridays for Future“-Bewegung eine ideale Grundlage. Dabei ist der Film nicht unumstritten. An Großbritanniens Schulen darf er nach einem entsprechenden Gerichtsurteil nicht mehr unkommentiert gezeigt werden. Im Gegensatz zu Deutschland sind Lehrer dort dazu verpflichtet, auf gravierende Fehler des Films und seinen zur Hysterie neigenden Grundtenor einer unmittelbar bevorstehenden Klimakatastrophe hinzuweisen.

Ein Alarmismus, der heute von Klimaführern wie Greta Thunberg, Luisa Neubauer, Carla Reemtsma oder Jakob Blasel verbreitet wird. Auch bei ihnen handelt es sich keineswegs um Wunderkinder. Vielmehr sind es erwachsene Vertreter einer Klima-Lobby sowie zumeist die eigenen Eltern, die die Ideologie der angeblich von Schülern ins Leben gerufenen „Fridays for Future“-Bewegung maßgeblich anschieben und für die notwendige organisatorische Unterstützung sorgen.

So war es der schwedische PR-Unternehmer Ingmar Rentzhog, der Greta Thunberg als Aushängeschild für die Geschäfte seines Klima-Unternehmens „We don't have Time“ nutzte, um Investoren anzulocken, ein Partner von Al Gores Climate Reality-Projekts. Es war die radikale Klimaschutzorganisation Extinction Rebellion, die Schulstreiks als Idee erstmals ins Spiel brachte und die es Greta Thunberg ermöglichte, ihre Rede auf dem UN-Klimagipfel zu halten.

Und es ist die von keinem Geringeren als dem Vizepräsidenten des deutschen Club of Rome Fritjof Finkbeiner geleitete internationale Organisation „Plant-for-the-Planet“, die „Fridays for Future“ ein Spendenkonto zur Verfügung stellt. Es dürfte dabei mehr als nur der Zufall gewesen sein, daß sein Sohn Felix Finkbeiner auf eine ähnliche Wunderkind-Karriere zurückblicken kann wie Cullis-Suzuki oder Thunberg. Bereits als Grundschüler hält er ein Referat über den Klimawandel, gründet als Viertkläßler mit seinem Vater die Jugendorganisation „Plant-for-the-Planet“ und hält wenige Jahre später ebenfalls eine Rede vor der UN-Vollversammlung.

Das Impressum der Seite gab lange Rätsel auf

Auch Jakob Blasel, ein führender Kopf der FFF-Bewegung, erhält familiär-medialen Flankenschutz. „Supported by Daddy“, spötteln hinter vorgehaltener Hand einige seiner Kritiker unter Stu-

denten an der Kieler Universität. Nicht ganz ohne Grund. Vater Kristian Blasel ist der Lokalchef bei den Kieler Nachrichten. In einem Kommentar der Zeitung verurteilt er die bösen Reedereien und ihr diabolisches Kreuzfahrtgeschäft und lobt die Hafengebörde jener guten Klimademonstranten, die sein Sohn maßgeblich organisiert.

Der Spiegel räumte Jakob Blasel zudem ein großzügiges Interview mit äußerst dankbaren Fragen zur Unabhängigkeit von „Fridays for Future“ ein, kurz nachdem Zweifel an genau jener Unabhängigkeit aufgekommen waren. „Wir haben nichts zu verbergen“, hatte Blasel in dem Interview erklärt. Wirklich nicht?

Das Impressum der Organisation gab lange Rätsel auf. Denn die dort genannte Verantwortliche Ronja Thein ist offenbar unauffindbar und hinter der angegebenen Adresse verbirgt sich vielmehr ein linksalternatives Zentrum. Aufklärung? Fehlanzeige. Auch bei einem Besuch der JF vor Ort konnte dort niemand etwas so recht mit einer Ronja Thein anfangen. Kurz nachdem die JF darüber berichtete, wurde jedenfalls der Name im Impressum der FFF-Internetseite geändert. Nun wird Lucas Pohl dort als Verantwortlicher aufgeführt. Ein Mitstreiter Jakob Blasels, der an der Universität Kiel studiert und auch als Organisator von Klimademos in Erscheinung getreten ist.

Wie Blasel sind auch Franziska Wessel – ebenfalls zur Führungsgruppe von „Fridays for Future“ gehörend – die Medien in die Wiege gelegt worden. Vater Günther Wessel arbeitet als freier Journalist für öffentlich-rechtliche Rundfunksender, Mutter Petra Pinzler als Korrespondentin bei der Zeit.

Zu nennen wäre auch FFF-Pressesprecherin Carla Reemtsma. In den Medien beeilte man sich auffällig schnell zu betonen, daß die 19jährige nicht direkt mit dem linken Mäzen Jan-Philipp Reemtsma verwandt sei, der in den achtziger Jahren das Hamburger Institut für Sozialforschung gründete. Und indirekt? Darüber schweigen sich Medienvertreter bis heute aus.

Carla Reemtsma studiert an der Universität in Münster. Dort, aber auch in den sozialen Medien ist davon die Rede, daß sie und die deutsche FFF-Anführerin Luisa Neubauer Cousinen seien. Demnach handele es sich bei Luisas Mutter Frauke Neubauer um eine geborene Reemtsma. Soll hier möglicherweise nicht nur die Verbindung zu mächtigen Klimaschutz-Organisationen, sondern auch ein gut betuchter linker Familienhintergrund führender FFF-Aktivisten verschleiert werden?